

Landesinfo Baden-Württemberg



Wahlen

**Großer Erfolg
für die LINKE** Seite 3

Ostermärsche 2008

**Bundeswehr
raus aus
Afghanistan!** Seite 5

Schule im Land

**Längeres
gemeinsames
Lernen!** S. 10

Im Parteivorstand

**Heidi Scharf
und Biggi
Ostmeyer** Seite 13

Heidelberg

**Bürgerbegehren
gegen Privatisie-
rung** Seite 17

Kommunalwahl 2009

**Entwurf pro-
grammatische
Eckpunkte** Seite 20

Inhalt

■■■ Aufruf des Parteivorstands zu den Ostermärschen 2008	5
■■■ Heike Hänsel unterstützt afghanische Abgeordnete	6
■■■ Karin Binder: Diätenerhöhung wird gespendet!	7
■■■ Linksjugend [‘solid] in Aktion	8
■■■ Unterschriftensammlung: Landes- schulfonds jetzt!	9
■■■ Längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder!	10
■■■ Landesarbeitsgemeinschaften berichten	11
■■■ Vorgestellt: Aus Baden- Württemberg im Parteivorstand	13
■■■ Zehn Punkte für eine solidarische und sichere Rente	14
■■■ Der Gewerkschafter und Anti- faschist Werner Pfennig ist tot	16
■■■ Geld für die Kommunen	16
■■■ Karlsruhe: Linke fordert gebührenfreie Kindergärten	17
■■■ Stuttgart: OB brüskiert Jugendräte	19

Das nächste Landesinfo erscheint im April 2008.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 2/2008 ist der 8. April 2008

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der LINKEN.

Beilagenhinweis: Flyer des Landesverbandes der Linken: Aufschwung? ... aber auch für alle?

Einladung zu regionalen Mitgliederversammlungen

Liebe Genossinnen und Genossen,
Am 24. und 25. Mai findet in Cottbus der nächste Bundesparteitag statt. Die 24 Parteitagsdelegierten aus Baden-Württemberg werden (quotiert) auf regionalen Mitgliederversammlungen für zwei Jahre gewählt.

Die Einberufung dieser Versammlungen erfolgt entsprechend Beschluss des Landesausschusses und auf Einladung des Landesvorstandes. Auch über die Kommunalwahl 2009 soll beraten werden. Die vier Mitglieder aus Baden-Württemberg im Parteivorstand werden auf dem Bundesparteitag wieder kandidieren und sollen Gelegenheit haben, ihre Arbeit vorzustellen.

Zu den jeweiligen MVs bekommt jedes Mitglied, sofern die richtige Postadresse vorliegt, eine postalische Einladung des Landesvorstandes. Jedes Mitglied hat das Recht, bei der Delegiertenwahl seiner Regionalversammlung das aktive und passive Wahlrecht wahrzunehmen. Der Landesausschuss empfiehlt den Kreisverbänden, sich auf möglichst jeweils einen Personalvorschlag zu beschränken. Wir bitten darum, auf regionale Ausgewogenheit zu achten. Bei 35 Kreisverbänden und 24 Delegierten ist es nicht möglich, dass jeder KV einen Delegierten stellt.

Südbaden:

Die Freiburger Regionalkonferenz für Südbaden hat bereits am 1. März ihre vier Delegierten gewählt (für Ortenaukreis, Emmendingen, Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Waldshut, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Konstanz).

Nord- und Ostwürttemberg:

Samstag, 29. März, in Waldenburg, Hohenlohekreis. 10 Uhr bis 15 Uhr in der Künstlerkneipe Gleisl e.V., Bahnhof, 74638 Waldenburg, Tel.: 07942-940922, Anfahrtsbeschreibung über www.gleisl.net. Gewählt werden vier Delegierte. Eingeladen sind die Mitglieder aus den Kreisverbänden Heidenheim, Ostalbkreis, Main-Tauber-Kreis, Hohenlohe/Schwäbisch-Hall, Heilbronn.

Nordbaden:

Samstag, 5. April, 10 h bis etwa 16 h, in Karlsruhe, Walhalla, Augartenstraße 27. Gewählt werden sechs Delegierte. Eingeladen sind die Mitglieder aus den Kreisverbänden Mannheim, Heidelberg/Rhein-Neckar, Neckar-Odenwald-Kreis, Karlsruhe, Pforzheim/Enzkreis, Raststatt/Baden-Baden, Calw, Freudenstadt.

Südwürttemberg-Hohenzollern:

Samstag 12. April, 10.30 h bis 16 h, Reutlingen, Haus der Jugend, Museumstraße 7. Gewählt werden vier Delegierte. Eingeladen sind die Mitglieder aus den Kreisverbänden Tübingen, Reutlingen, Zollernalbkreis, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Ulm/Alb-Donau-Kreis, Bodenseekreis.

Region Stuttgart:

Sonntag, 13. April, 10 Uhr, Stuttgart, Altes Feuerwehrhaus Heslach, Möhringer Straße 56, Vom HBF mit U14, Haltestelle Schreiberstraße. Gewählt werden 6 Delegierte. Eingeladen sind die Mitglieder aus den Kreisverbänden Stuttgart, Böblingen, Esslingen, Göppingen, Rems-Murr-Kreis, Ludwigsburg.

Geschäftsführender Landesvorstand

Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Impressum

Herausgeber und Verlag:

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@linke-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Großer Erfolg für DIE LINKE

Nach den Wahlerfolgen bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen Ende Januar und dann am 24. Februar in Hamburg, zeichnet sich jetzt auch bei den Kommunalwahlen in Bayern ein deutlicher Zugewinn für die LINKE ab. War die PDS vor sechs Jahren nur in München mit einem Mandat erfolgreich, sind jetzt in allen bayrischen Großstädten Stadträtinnen und Stadträte der LINKEN in den Kommunalparlamenten vertreten. In Schweinfurt ist die LINKE mit 8,6% und vier Sitzen sogar vor Grünen und FDP viertstärkste Kraft im Gemeinderat. Ein Ansporn für das „Super“wahljahr 2009 mit Europawahl, Kommunalwahl im Land und dann im Herbst der Bundestagswahl. Hier einige Kommentare und Schlaglichter auf die Wahlergebnisse:

Neue politische Kraft

Zum Ausgang der Bürgerschaftswahl in Hamburg erklärt Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch:

Die Hamburger haben eine neue politische Kraft in die Bürgerschaft gewählt. Der Einzug in die Bürgerschaft ist ein großer Erfolg für den Hamburger Landesverband. Durch einen engagierten, hoch motivierten Wahlkampf konnten wir unser Hamburger Ergebnis bei der Bundestagswahl übertreffen. Es ist ein Erfolg der ganzen Partei, denn Hamburg hat viel Wahlkampfunterstützung aus anderen Landesverbänden erhalten.

Der Wahlausgang in Hamburg hat den Aufwärtstrend der LINKEN bestätigt, daran konnte auch der verbale Linksschwenk der meisten anderen Parteien nichts ändern.

Ulrich Maurer an die Mitglieder und Kreisvorstände

Liebe Genossinnen und Genossen, zuerst möchte ich Euch meinen Dank und Anerkennung für Euer unermüdeliches Engagement aussprechen. Wir haben es geschafft, nach Bremen in drei weiteren Bundesländern in das Parlament gewählt zu werden und haben somit verstärkt die Möglichkeit, unsere soziale und gerechte Politik zu vertreten und mitzubestimmen.

Das Interesse an uns wird immer größer und wir wachsen Tag für Tag. Jedoch sollten wir uns nicht auf den Erfolgen ausruhen, sondern unsere Anstrengungen um Neumitglieder noch mehr verstärken. Aus diesem Grund hab ich eine Bitte an Euch:

Ich war in den letzten Wochen und Monaten auf sehr vielen Veranstaltungen.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen einen Politikwechsel, sie wollen dass sich die Politik wieder mehr um soziale Gerechtigkeit, den Zustand und die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, um die Chancengleichheit in der Bildung u.a.m. kümmert. Dabei fordern sie von SPD und CDU mehr als Lippenbekenntnisse und Ankündigungspolitik.



Der Einsatz hat sich gelohnt: Wahlkampf helfer aus Baden-Württemberg im hessischen Viernheim (siehe auch Bericht nächste Seite).

Unser Auftrag in der Bürgerschaft ist, nun für Taten zu sorgen.

DIE LINKE ist jetzt in 10 von 16 Landesparlamenten mit eigenen Fraktionen vertreten, in zwei weiteren mit Einzelabgeordneten. Schon vor Hamburg war sie mit 175 Landtagsabgeordneten die drittstärkste Kraft in den Ländern und damit deutlich vor Grünen (129) und FDP (107).

gen. Überall traf ich begeisterte Zuhörer und Sympathisanten. Leider hatten diese vor Ort nicht die Möglichkeit, bei uns Mitglied zu werden. Bitte verteilt auf den Veranstaltungen zukünftig immer Beitrittsformulare, ob am Einlass, während der Reden oder legt sie aus und spricht die Menschen konkret an. Nur so bieten wir die Möglichkeit, schnell und unkompliziert neue Mitstreiter zu gewinnen.

Ich wünsche uns Allen weiterhin viel Erfolg und verbleibe mit solidarischen Grüßen

Euer Ulrich Maurer

Hinweis der Redaktion:

Formulare für Eintrittserklärungen (einschl. Einzugsermächtigung für Beiträge) sind im Landesbüro erhältlich oder können über die Website des Landesverbandes abgerufen werden.

LINKS wirkt !

Zum Abschneiden der LINKEN in Niedersachsen und Hessen erklären Bernd Riexinger und Bernhard Strasdeit, Landessprecher der LINKEN in Baden-Württemberg:

Das ist ein Riesenerfolg! DIE LINKE erzielt bei Landtagswahlen in westlichen Flächenbundesländern erstmals einen Durchbruch. Die neue Partei hat eine nachhaltige Veränderung im Par-

teienspektrum bewirkt. Die ungerechte Verteilung des Reichtums und die soziale Frage stehen im Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion. LINKS wirkt.

Hessen und Niedersachsen zeigen auch, dass Druck von links der SPD nicht schadet, kommentiert Bernd Riexinger. Die SPD gewinne mit einem linken Profil dazu. Jetzt komme es darauf an, dass die SPD das in der Praxis einlöst und auch linke Politik macht. Hessen zeige zudem, wie schnell ein CDU-Ministerpräsident verlieren kann, wenn er sich sozialen Forderungen – wie nach einem gesetzlichen Mindestlohn – gänzlich verschließt und auf stattdessen auf rassistische Stimmungen setzt.

Auch in Baden-Württemberg käme die Landesregierung zunehmend unter Druck, ergänzt Bernhard Strasdeit. Günther Oettinger maure sich zur neoliberalen Speerspitze der Union. Er wolle Unikliniken privatisieren und spare bei Lehrern. Seine Landesregierung stehe dafür, dass im so genannten Kinderland 7,5 % aller Unterrichtsstunden ausfallen und Schulgebäude verrotten. Es sei gut, dass Eltern, Lehrer und Schüler dagegen auf die Straßen gehen.

Bernd Riexinger teilt mit, dass sich der Landesverband DIE LINKE in Baden-Württemberg derzeit fit mache für die Kommunalwahlen 2009: „da wollen wir in möglichst vielen Städten und

Kreisen antreten.“ Ein kommunalpolitisches Eckpunktepapier des Landesvorstandes würde in den Kreisverbänden derzeit diskutiert. Im Mittelpunkt stehen der Kampf gegen Kinderarmut, das Engagement für soziale Kommunen und der Erhalt öffentlichen Eigentums.

DKP, MfS und DIE LINKE

Zu den Äußerungen des auf Platz 9 der Liste der Partei DIE LINKE in den niedersächsischen Landtag gewählten DKP-Mitglieds Christel Wegner erklärt die Pressesprecherin des Parteivorstandes Alrun Nüßlein:

Die Äußerungen des DKP-Mitglieds Christel Wegner sind inakzeptabel. Der Vorstand der Partei DIE LINKE distanziert sich davon in aller Form. Für DIE LINKE gilt ohne jede Einschränkung der vom Parteitag beschlossene Grundsatz: „Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.“

DIE LINKE setzt sich mit der Geschichte der DDR und der BRD sowie mit der Geschichte der linken Kräfte in der alten Bundesrepublik auseinander und zieht aus den historischen Entwicklungen und Erfahrungen Schlussfolgerungen für ihre Programmatik und Strategie in den Auseinandersetzungen der Gegenwart und Zukunft. Dabei wendet sie sich gegen Pauschalisierungen, antikomunistische Vorurteile und einseitige Beurteilungen und bemüht sich um differenzierte und ausgewogene Einschätzungen. Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.“
(Programmatische Eckpunkte)

Hinweis aus dem Landesbüro:

Beim Pressegespräch der LINKEN am 15.2. im Landesbüro betonten Bernd Rixinger und Bernhard Strasdeit, dass sie die Äußerungen von Christel Wegner nicht für vereinbar halten mit den programmatischen Grundaussagen unserer Partei. „Wer für DIE LINKE kandidiert,



Hilfe für Hessen: Die Linke kommt in den Landtag

Bernd Luplow und Thomas Mitsch waren in Oberhessen unterwegs. Anbei Auszüge aus einem Wahlkampfbericht von Carsten Labudda.

(...) am Wochenende 15./16. Dezember war es soweit. Helferinnen und Helfer aus dem Badischen waren nach Weinheim gekommen. In den Gemeinden des Wechnitztals und den Städten Viernheim und Lampertheim wurde von uns plakatiert. Rund 220 Wahlplakate haben wir an dem Wochenende aufgehängt. Danach waren wir zwar geschafft, aber für einen gemütlichen gemeinsamen Abend hat es noch gereicht. Ich möchte ein Dankeschön aussprechen für die Hilfe an diesem Wochenende. Geholfen haben: Adelbert Ringwald (KV Emmendingen), Anni Böse und Gabi Reuß (KV Baden-Baden), Jürgen Gulden, Ernst Ihrig, Wolfgang Labudda, Jürgen Steinhof (OV Weinheim) und unser Sympathisant Heinz Blesing.

Um Weihnachten rief dann der Genosse Oliver Pflanz aus Stuttgart an. Er habe Urlaub und wolle in Hessen mithelfen. Auf seine Initiative machten wir einen Sondertermin am 2. Januar aus. Außer Oli kam auch Ute Gsöls-Puhl aus Karlsruhe. Gemeinsam mit den Weinheimern bildeten wir drei Teams, die schwerpunktmäßig in der Stadt Viernheim defekte Plakate ausbesserten, neue aufhängten und Briefkästen mit Wahlprogrammen bestückten.

Die personalintensivste Aktion folgte dann am 12./13. Januar. Mit einem Dutzend Genossen aus ganz Baden-Württemberg sorgten wir dafür, dass die Städte Viernheim und Lampertheim flächendeckend mit Wahlmaterial der Linken versorgt wurde. Kilometer um Kilometer liefen unsere Helfer von Briefkästen zu Briefkästen, und fast alle Haushalte in diesen Städten wurden erreicht. Dafür danke ich an dieser Stelle meinen Weinheimer Genossen sowie Mirco Kolarczik (KV Ravensburg), Richard Gramlich (KV Neckar-Odenwald), Bernd Becker, Helmut Brandt, Charles Büttner (KV Stuttgart), Rudolf Ditmar und Felix Waldkrich (KV Mannheim). Gleichzeitig zu unserer Aktion fuhren Wahlkampfhelfer aus Heidelberg und Eberbach auf Initiative der Genossin Cornelia Krüger in die hessische Enklave um Hirschhorn, um auch dort Material zu verteilen.

Insgesamt haben wir Baden-Württemberger nun im hessischen Kreis Bergstraße rund 300 Plakate aufgehängt und rund 40.000 Stück Wahlmaterial an die Haushalte verteilt. Ich denke, das ist ein guter Beitrag zum Einzug der Linken in den hessischen Landtag.

Carsten Labudda, Weinheim.

muss auch deren programmatische Ziele vertreten.“

Die Fraktion DIE LINKE. im niedersächsischen Landtag hat einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Die Abgeordnete Christel Wegner wird gemäß § 6 der Geschäftsordnung der Fraktion DIE LINKE. aus der Fraktion ausgeschlossen. Dieser Ausschluss schließt auch den Gästestatus nach § 2 der Geschäftsordnung des Landtages ein.

Die Fraktion begründet den Ausschluss wie folgt: „Unabhängig von der Frage des Zusammenschlusses ihres Interviews in der Sendung „Panorama“

sind ihre dort geäußerten Positionen für DIE LINKE. unakzeptabel.

Einen Sozialismus ohne Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Reisefreiheit darf es nie wieder geben. Entgegen der Aufforderung der Fraktion und des Landesverbandes hat Christel Wegner das Landtagsmandat nicht niedergelegt. Damit hat sie sich nicht an ihre Zusage gehalten, bei politischen Differenzen zwischen der LINKEN und der DKP das Mandat zurückzugeben.

Die Fraktion fordert Frau Wegner nach wie vor auf, das Mandat abzugeben, weil sie das Vertrauen der Gremien, die sie aufgestellt und der Menschen, die sie gewählt haben, missbraucht hat.“

Ostermärsche 2008 – Bundeswehr raus aus Afghanistan

Der Parteivorstand beschloss folgenden Aufruf zu den Ostermärschen 2008

Nein zum Krieg – Bundeswehr raus aus Afghanistan

Die Partei DIE LINKE ruft zur Beteiligung an den Ostermärschen der Friedensbewegung auf.

Zu Ostern werden Menschen auf der ganzen Welt anlässlich des fünften Jahrestages des Kriegs gegen den Irak demonstrieren. In Deutschland finden Dutzende Ostermärsche statt. Der Parteivorstand der LINKEN ruft alle Mitglieder und Sympathisanten auf, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Die Bundesregierung will den Bundeswehreinsatz in Afghanistan ausweiten, obwohl 86 Prozent der Bevölkerung dagegen sind, dass die Bundeswehr an Kampfhandlungen teilnimmt.

Die deutsche Beteiligung in Afghanistan war von Anfang an Teil eines Krieges und keine humanitäre Aktion. Mit dem ISAF-Einsatz wird die korrupte Karsaierregierung militärisch abgesichert. Zusätzlich liefern deutsche Tornados bereits heute Bilder für Bombardierungen und Kampfeinsätze im Süden Afghanistans. Die „Schnelle Eingreiftruppe“ der NATO, die nun von der Bundeswehr gestellt werden soll, hat ein offensives Kampfmandat.

In diesem Krieg geht es nicht um Terrorbekämpfung. Es geht um die Absicherung der geostrategischen Interessen der NATO und ihrer Partner in einer Region, die auch in den Einflussphären Chinas und Russlands liegt. Die Bundesregierung ist Teil dieses globalen Krieges und tut alles, um eine größere Rolle darin zu spielen.

Im militärischen Wettlauf der Großmächte spielen die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen keine Rolle. Das zeigt sich zum Beispiel in dem Missverhältnis zwischen den Aufwendungen für den Bundeswehreinsatz (bisher rund 2,5 Milliarden Euro) und den Aufwendungen für den zivilen Wiederaufbau (bisher rund 0,15 Milliarden Euro). Nur zwei Prozent der afghanischen Bevölkerung haben, trotz der angeblichen Aufbauleistungen der Besatzungsmächte, Zugang zur Elektrizität. 60 Prozent leben unter der Armutsgrenze und 50 Prozent leiden unter Arbeitslosigkeit. Insbesondere für die Frauen hat sich die Lage durch Krieg und Besatzung verschlechtert – ihre Selbstmordrate war noch nie so hoch wie derzeit.

Im März jährt sich der Einmarsch der Bush-Regierung in den Irak zum fünf-

ten Mal. Auch dort ist die Bilanz von Krieg und Besatzung entsetzlich. Bisher sind über 650.000 Menschen an den Folgen gestorben und zwei Millionen Menschen geflohen. Die Infrastruktur des Landes liegt in Trümmern, vielerorts ist die Versorgung mit Trinkwasser und Elektrizität zusammengebrochen. Das „Teile-und-Herrsche“-Prinzip des Besatzungsregimes hat ethnische Säuberungen und Racheakte ausgelöst.

Ebenfalls vor fünf Jahren, am 15. Februar 2003, fand die größte länderübergreifende Mobilisierung gegen den Krieg statt: über 11 Millionen Menschen gingen in mehr als 800 Städten auf der ganzen Welt gegen die Invasion des Irak durch die US-Armee auf die Straße. Der Einmarsch konnte dadurch nicht verhindert werden, aber die breite Ablehnung von Kriegen prägt seitdem

die öffentliche Meinung und isoliert die Kriegstreiber weltweit.

In dieser Tradition steht DIE LINKE. Wir sagen Nein zu diesem Bundeswehreinsatz. Unter ausländischer Besatzung wird es keinen Frieden in Afghanistan geben. Wenn die Bundesregierung Krieg nach Afghanistan trägt, droht zudem die Terrorgefahr im Inland zu steigen. Deswegen fordern wir den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

1) Der Parteivorstand bittet die Landes- und Kreisverbände, sich an den Ostermärschen zu beteiligen und die Aktivitäten der Friedensbewegung zum Rückzug der Truppen aus Afghanistan zu unterstützen.

2) Der Parteivorstand unterstützt weiterhin die Aktivitäten der Initiative „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan“.

Vernunft muss her statt Militär

Ausreiseverbot für die Bundeswehr!



**Stuttgart
Karsamstag,
den 22. März 2008**

Auftaktkundgebung 12:00 Uhr
am Deserteurdenkmal Stuttgart vor dem Theaterhaus

Abschlusskundgebung ca. 15:00 Uhr
auf dem Schlossplatz

FRIEDENSNETZ BADEN-WÜRTTEMBERG

Weitere Ostermärsche in Baden-Württemberg: 22. März: 10 Uhr in Ellwangen; 12 Uhr in Mannheim, Paradeplatz. 24. März: 14 Uhr, Müllheim, Robert-Schumann-Kaserne.

Einmarsch des türkischen Militärs ist völkerrechtswidrig

Der Parteivorstand der LINKEN forderte den sofortigen Abzug der Truppen aus dem Irak und die unverzügliche Beendigung des Krieges gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land. Dazu der Parteivorsitzende Lothar Bisky:

Der Einmarsch des türkischen Militärs in den Nordirak destabilisiert nicht nur weiter die gesamte Region, sondern setzt auch die jahrzehntelange menschenfeindliche Politik des türkischen politischen und militärischen Establishments gegen die Kurdinnen und Kurden im eigenen Land auf beängstigende Weise fort. Der Einmarsch ist völkerrechtswidrig. DIE LINKE fordert den sofortigen Abzug des türkischen Militärs aus dem Irak!

Das Zusammenleben von türkischen und kurdischen Menschen und darüber hinaus aller nationalen Minderheiten in der Türkei ist nur politisch lösbar. Die LINKE bekräftigt ihre grundsätzliche Unterstützung für die Durchsetzung der sozialen, politischen und kulturellen Rechte der kurdischen Bevölkerung und deshalb auch ihre Forderung auf weitgehende Autonomie. Darüber hinaus fordert die LINKE generell die Stärkung der demokratischen Freiheiten und Rechte in der Türkei.

Verhaftungen und Gerichtsverfahren gegen kurdische Abgeordnete, das System der Dorfschützer, willkürliche Verhaftungen widersprechen den internationalen Vereinbarungen über Menschenrechte, die auch von der Türkei unterzeichnet sind, und stehen im Widerspruch zu den Zusicherungen der Türkei, die Kopenhagener Kriterien der EU mit Blick auf ihren angestrebten Beitritt zur EU einzuhalten. Die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien ist für DIE LINKE Bedingung für die künftige Möglichkeit des EU-Beitritts der Türkei.

Der Parteivorstand ruft alle Konfliktparteien und die Menschen in der Region auf, auf Gewalt zu verzichten und jegliche militärischen Lösungsansätze zur Durchsetzung eigener Interessen zu beenden. Statt Militäraktionen sind Gespräche, Verhandlungen und Vermittlung nötig. Ein sofortiger Waffenstillstand, die Vereinbarung über die Abgabe von Waffen sollten mit Amnestie und Durchsetzung demokratischer Rechte verbunden sein.



Malalai Joya, afghanische Abgeordnete, und Heike Hänsel, MdB der LINKEN.

Heike Hänsel unterstützt afghanische Zivilgesellschaft

Im Rahmen ihrer Nominierung für den Cinema for Peace Award hielt sich die afghanische Abgeordnete Malalai Joya in Deutschland auf, um auf ihren Kampf für Frieden, Demokratie und die Rechte der Frauen in ihrem Heimatland aufmerksam zu machen. In Freiburg, Stuttgart und Tübingen organisierte MdB Heike Hänsel Filmaufführungen plus Diskussion mit Malalai Joya.

Die 29-jährige Joya überlebte vier Mordanschläge, bewegt sich in der Öffentlichkeit stets unter der Burka versteckt und wird in täglich wechselnden Unterkünften untergebracht. Ihr mutiger Einsatz für die Bevölkerung und gegen die Macht der Warlords hat ihr sowohl in ihrer Heimat als auch international großen Respekt und viel Solidarität eingebracht. Immer wieder weist sie darauf hin, dass sich die soziale Situation der Frauen in Afghanistan durch die internationale Intervention nicht verbessert hat: 700 Kinder und 50 bis 70 Frauen sterben täglich auf Grund mangelnder Gesundheitsversorgung. Die Lebenserwartung liegt unter 45 Jahren.

Der Dokumentarfilm „Enemies of Happiness“ (DK, 2005) belegt das Engagement von Malalai Joya eindrucksvoll. Die dänischen Filmemacherinnen Eva Mulvad und Anja Al Erhayems zeigen Malalai Joya bei ihrer Arbeit als Abgeordnete und als engagierte Fürsprecherin der Frauen. Im Mittelpunkt steht Malalai Joyas Alltag in den Wochen vor den afghanischen Parlamentswahlen im Jahr 2005. Seit ihrer berühmten Rede in der Loya Jirga, wo sie sich mutig gegen Kriegsverbrecher im Parlament aussprach, bekommt die junge Frauenrechtlerin starke Unterstützung von der ländlichen Bevölkerung in ihrer Heimatprovinz Farah. Dort unterhält Joya Projekte im Bildungs- und Gesundheitsbereich, für die sie auf ihren Auslandsreisen Spenden akquiriert.

Lissabon-Vertrag wird militaristisches Europa ermöglichen

Stimmerklärung zum Bericht Richard Corbett, Inigo Méndez de Vigo über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) Tobias Pflüger (MdB) – Mittwoch, 20. Februar 2008 – Straßburg

Die bisherigen EG- und EU-Verträge verbieten einen eigenen permanenten EU-Militärhaushalt. Mit dem „Anschubfonds“ (Art. 28 Abs. 3) können jetzt auch operative EU-Militärausgaben beglichen werden. Damit gibt es zusätzlich zu den einzelstaatlichen Militärhaushalten einen eigenen EU-Militärhaushalt. Im Artikel 28c Abs. 3 findet sich die viel kritisierte Aufrüstungsverpflichtung, die durch eine EU-Rüstungsagentur (Art. 28) umgesetzt werden soll. Die institutionelle Zusammenarbeit zwischen EU und NATO wird vertraglich festgeschrieben (Art. 28a Abs. 7).

Das Recht des Bundestags, über Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden, wird erheblich ausgehöhlt. Mit dem Reformvertrag wird ein militärisches Kerneuropa durch das Instrument der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ ermöglicht. Dies schafft einen Primärrechtsrahmen für die verstärkte Entsendung von EU-Battle-Groups (Art. 28, Protokoll Nr. 4). Der Gerichtshof der Europäischen Union ist explizit nicht zuständig (Art. 11, 240a). Das Europäische Parlament ist ebenfalls nicht zuständig und wird lediglich auf dem Laufenden gehalten (Art. 21). Damit werden künftige Militäreinsätze der demokratischen Kontrolle entzogen.

Die Ermöglichung eines militaristischen Europas wird von repressiver Abschottung an den Außengrenzen be-



gleitet. Im neuen Artikel 62 des Reformvertrages soll „ein integriertes Grenzschutzsystem an den Außengrenzen“ eingeführt werden.

Mit der undemokratischen Durchsetzung des Lissabon-Vertrags durch die Umgehung von Referenden, der Festschreibung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und den militaristischen Teilen entwickelt sich Europa in die völlig falsche Richtung.

Links wirkt!

Gute Stimmung beim politischen Aschermittwoch in Karlsruhe!

Zu einer guten Tradition der Linken ist in Karlsruhe und Umgebung mittlerweile der Linke Politische Aschermittwoch geworden. Geboten waren kämpferische Reden, Kabarett und einen Auftritt des linken Liedermachers Schlauch.

In ihren Redebeiträgen gingen Karin Binder (MdB), Tobias Pflüger (MdEP) und Niko Fostiropoulos (Stadtrat) pointiert und bissig auf aktuelle politischen Entwicklungen ein. Während Karin Binder den sozial- und gesundheitspolitischen Amoklauf der Landesregierung aufs Korn nahm und die Weigerung der Landesregierung scharf kritisierte Schülern nicht öffentlich zu fördern, ging Tobias Pflüger auf die sog. Sicherheitskonferenz in München ein, deren Planspiele und Besprechungsergebnisse verantwortlich sind für Krieg und Gewalt weltweit. Niko Fostiropoulos rundete das Bild mit einer Betrachtung aktueller Politik von kommunaler Seite ab. Er betonte wie wichtig es ist,

Diätenerhöhung wird gespendet!



Am 16. November 2007 beschloss der Bundestag eine Diätenerhöhung für Abgeordnete ab 2008. Die Abgeordneten der Linken hielten diesen Beschluss für nicht vermittelbar. Die jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes haben noch einmal bewiesen, dass die Preise in Deutschland immer weiter steigen und gleichzeitig die Reallöhne immer weiter sinken. Die Fraktion DIE LINKE. hatte sich deshalb gegen die Diätenerhöhung ausgesprochen und dementsprechend dieser nicht zugestimmt. Stattdessen wurde in der Fraktion vereinbart den Erhöhungsbetrag an soziale und gemeinnützige Initiativen zu spenden.

Karin Binder spendet einen Teil der Summe (monatlich 200 Euro) an den Karlsruher Verein „United – Verein für eine Gesellschaft ohne Rassismus“, der als Teil des Courage-Netzwerkes in Baden-Württemberg Projektstage an Schulen und Bildungseinrichtungen für Jugendliche auf ehrenamtlicher Basis organisiert. Inhalt dieser Projekte ist die vorbeugende Aufklärung über alltäglichen Rassismus und die Befähigung der Jugendlichen sich aktiv gegen rechte Parolen und Aktivitäten zu stellen.

Internet: www.netzwerk-courage.de, www.couragebw.de

auf allen Ebenen für einen Mindestlohn zu streiten, und verwies dabei auf seine aktuelle Initiative dazu im Karlsruher Gemeinderat.

Die zahlreich anwesenden Gäste honorierten alle Beiträge mit viel Applaus und deckten sich mit Infomaterial am sympathischen Fahrrad-Infostand der Linken und des Jugendverbandes ein. Bei guter Musik, einem guten und günstigen Essen ergaben sich viele interessante Gespräche mit Gästen aus Karlsruhe und auch aus den anliegenden Kreisverbänden.

Auch in Weinheim mit Jan Korte und Stuttgart mit Uli Maurer fanden Aschermittwochsveranstaltungen statt.

Bundestagsabgeordnete gegen Bespitzelung der LINKEN

Noch immer bespitzelt das Landesamt für Verfassungsschutz Mitglieder und Abgeordnete der LINKEN in Baden-Württemberg. Die Bundestagsabgeordneten Karin Binder, Heike Hänsel und Uli Maurer forderten im Januar in einem offenen Brief an Innenminister Rech die Aufhebung der Überwachung.

Sehr geehrter Herr Innenminister, am 17. Januar 2008 hat das Verwaltungsgericht Köln entschieden, dass die Beobachtung des Bundestagsabgeordneten Bodo Ramelow durch das Bundesamt für Verfassungsschutz rechtswidrig ist. Das Saarland hatte zuvor die Beobachtung der Partei DIE LINKE durch den Verfassungsschutz eingestellt.

Wir, die Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg, werden nach wie vor vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln und die Aufhebung der Beobachtung im Saarland machen deutlich, dass eine Einstellung der Überwachungsaktivitäten auch in Baden-Württemberg dringend geboten ist. Die kritische Haltung unserer Partei zu den extremen Fehlentscheidungen des ökonomischen Systems in der Bundesrepublik, die zu zunehmender Ungerechtigkeit in den Einkommen und Vermögensverteilung führen, rechtfertigt keinerlei Überwachungstätigkeit. Im Gegenteil: Sie entspricht dem Sozialstaatsgebot unserer Verfassung, ebenso wie unsere durch die Verfassung gebotene entschiedene Ablehnung einer deutschen Beteiligung an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen.

Wir fordern Sie auf, die Beobachtung von uns und unserer Partei DIE LINKE unverzüglich einzustellen.



Sammelverfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung eingereicht

Der AK Vorratsdatenspeicherung reichte am 29. Februar die größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der BRD beim Verfassungsgericht ein und schlug am Platz der Grundrechte in Karlsruhe symbolisch 17 Thesen zur Verteidigung der Grundrechte an.

Die mehrere Umzugskartons füllenden Vollmachten der Beschwerdeführer wurden für den Berliner Anwalt Meinhard Starostik beim BvG eingereicht. An der Verfassungsbeschwerde beteiligen sich insgesamt 34.443 Menschen, Karin Binder MdB und Ute Gsöls-Puhl gehören zu den Unterzeichnerinnen und aktiven Unterstützerinnen vor Ort.

Karin Binder übte scharfe Kritik an einer Generalüberwachung und sieht die verdachtsunabhängige Speicherung der Daten wer wann wo mit wem telefoniert hat als Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung an.

Linksjugend beim Wahlkampfabschluss in Hessen

Am 25. Januar besuchte die Linksjugend [solid] Rhein-Neckar die Wahlkampf-Abschlusskundgebung in Frankfurt. Unter den Rednern waren unter anderem die Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine und Gregor Gysi sowie der hessische Spitzenkandidat Willi van Ooyen.

Im mit über 1200 Besuchern vollbesetzten Saal appellierte Willi van Ooyen an die Wichtigkeit der Wahl in Hessen und die Chance erstmals in ein westdeutsches Flächenland einzuziehen. Gregor Gysi betonte, dass eine Abwahl Kochs nur mit dem Einzug der Linken möglich sei. Die Linke sei zudem die einzige Partei, die für soziale Gerechtigkeit stehe. Oskar Lafontaine machte auf die immer größer werdende Verstrickung am Afghanistaneinsatz sowie auf den Rentenbetrug der großen Koalition aufmerksam.

Unter strömenden Applaus wurden beide zusammen mit den Landtagskandidatinnen und -kandidaten verabschiedet. „Beiden zuzuhören ist einfach nur Genuss“, so die einstimmige Meinung unter den Teilnehmenden.

Spontandemo in Tübingen

Am 22.12.07 demonstrierten am frühen Abend etwa 50 Menschen spontan in Tübingen für eine andere Flüchtlingspolitik. Anlass war der Prozess, der in Sizilien der Bootsbesatzung des Hilfsorganisation Cap Anamur gemacht wird. Die Besatzung hatte 2004 37 Flüchtlinge aus See-not gerettet und an die Küste gebracht. Dafür sollen sie jetzt als Schlepper zu bis zu 12 Jahren Haft verurteilt werden. Die Folge dieses Prozesses ist bereits jetzt, dass schiffbrüchige Flüchtlinge von vorbeifahrenden Schiffen einfach ihrem Schicksal überlassen werden, weil diese Angst vor Repressionen haben. Die Demo verlief friedlich, auch wenn eine wichtige Verkehrsstraße vorübergehend blockiert und viele Autofahrer empört waren. Die Linksjugend [solid] beteiligte sich an der Demo mit Flugblättern und einem Redebeitrag, in dem verschiedene Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen angeprangert wurden. Am Schluss der Rede hieß es: „Der durch jahrhundertelange Kolonisation erreichte Wohlstand soll nun verteidigt werden, indem die als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichneten Menschen der ausgebeuteten Länder unter anderem durch die Einrichtung von Auffanglagern in den Grenzstaaten grausam abgewehrt werden. Diese Situation ist untragbar. Die Flüchtlingsabwehr an den europäischen Außengrenzen muss gestoppt werden! Lasst uns rassistische Mentalität auch dort bekämpfen, wo sie gesellschaftlich etabliert und vom Kapital getragen ist.“

„Rotsternsinger“ in Südwürttemberg unterwegs

Zum Dreikönigstag am 6. Januar machten sich wieder einmal drei unkonventionelle Könige auf die Reise. Die „Rotsternsinger“ der Linksjugend [solid] Regionalgruppe Südwürttemberg traten in Friedrichshafen, Ravensburg und Biberach auf, um ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Mit einem Transparent mit der Aufschrift „Mein Freund ist Ausländer“ und Flugblättern wurden Passanten zu einem couragierten Auftreten gegen Rassisten (Roland Koch eingeschlossen) aufgefordert. Zudem konnte der Ausflug nach Friedrichshafen dazu genutzt werden, NPD-Aufkleber in der Innenstadt zu überkleben.



Landesmitgliederversammlung in Heidelberg

Am 18. und 19. Januar fand in Heidelberg die Landesmitgliederversammlung der Linksjugend [solid] statt. Vor Beginn der Tagung zogen die Jugendlichen vor die nahe gelegene NATO-Kaserne und demonstrierten gegen die Militärpolitik der NATO-Staaten und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Aktion bildete den Auftakt zur Mobilisierung des Jugendverbandes auf die Proteste gegen die NATO-Konferenz. Die Linksjugend [solid] fuhr mit Bündnis-Bussen ab Tübingen, Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg zur zentralen Großdemonstration nach München.



Pfingstcamp

Dieses Jahr veranstaltet die Linksjugend [solid] Baden-Württemberg sein dreitägiges Pfingstcamp im Schwarzwald. Auf dem Programm stehen Party und Politik. Sobald es neue Informationen gibt werden diese auf www.solid-bw.de veröffentlicht. Interessierte bitte melden,

Wer dazu gute Ideen hat, oder wer sich an der Organisation beteiligen will, wendet sich bitte an lspr@solid-bw.de. Wir freuen uns!

Nato-„Sicherheitskonferenz“

Am 9. Februar 2008 demonstrierten mehrere tausend Menschen in München gegen die Kriegskonferenz der NATO, zu der sich Minister ebenso wie Rüstungslobbyisten zeitgleich trafen. Nachdem die Bundesregierung ohne Abstimmung im Bundestag eine schnelle Eingreiftruppe in Afghanistan beschlossen hatte, wurde auf der Konferenz über eine weitere Beteiligung deutscher Soldaten diskutiert. Die bisherigen Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan, aber auch in anderen Teilen der Welt, sind damit Türöffner für die Ausweitung deutscher Kriegseinsätze.



Vor diesem Hintergrund waren die diesmaligen Proteste gegen die NATO-Konferenz besonders wichtig. Denn die Bundesregierung handelt gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und auch weltweit stoßen die Kriege der NATO auf Ablehnung. Aus Baden-Württemberg führen mehrere Busse nach München, die von der Linksjugend solid und von Die Linke.SDS mitorganisiert worden waren. Mit Slogans wie „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“ und Fahnen waren wir auf der Demonstration gut sichtbar und hörbar. Die Linksjugend solid Mittelbaden hatte ein Transparent „Gib NATO keine Chance!“ dabei. Dass so viele Leute auch aus dem Südwesten an der Demonstration teilnahmen, ist besonders beeindruckend, da auf verschiedenste Art versucht wurde, die Menschen im Vorfeld einzuschüchtern: Die Demonstrationsroute wurde verboten und erst kurz vorher wieder genehmigt – allerdings nur auf einer Länge von einem knappen Kilometer. Tausende von Polizisten waren in der Münchner Innenstadt präsent, Personalien wurden aufgenommen und Demonstranten durchsucht. „Zur Sicherheit der Staatsgäste“, war die Begründung, doch, wie auf einem Transparent aus Tübingen zu lesen war: „Ihre Sicherheit bedeutet Krieg!“ Mit den Ostermärschen stehen die nächsten Aktionen gegen die Kriege von George Bush, Angela Merkel & Co an.

Dirk Spöri, Freiburg

Die GEW Baden-Württemberg fordert:

Längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder!

DIE LINKE unterstützt diese Forderung landesweit und setzt sich auch auf kommunaler Ebene für entsprechende Pilotprojekte ein.

„Die von Kultusminister Helmut Rau angekündigten Modellversuche zum gemeinsamen Unterricht für Haupt- und Realschüler zeigen, wie sehr die Landesregierung beim Thema Schulentwicklung unter Druck steht. Statt solcher halbherziger Fortschritte brauchen wir aber längere gemeinsame Lernzeiten für alle Kinder in der Grundschule“, sagte am 20.2. in Stuttgart auf der Bildungsmesse didacta Rainer Dahlem, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Von den 30 bei PISA untersuchten OECD-Staaten sortieren nur Deutschland und Österreich die Kinder im Alter von zehn Jahren. In der Mehrheit der Länder (19 Staaten) werden Jugendliche auf verschiedene Schularten verteilt, wenn sie zwischen 14 und 16 Jahre alt sind.

„Alle Kinder leiden unter dem Stress der Grundschulempfehlung in der vierten Klasse. Es gibt keine sinnvolle pädagogische Begründung, warum nur Schülerinnen und Schüler an Haupt- und Realschulen gemeinsam unterrichtet werden sollten. Alle Kinder würden besser lernen, wenn der Druck der

Schullaufbahnentscheidung nicht bereits in der dritten Klasse einsetzen würde“, so Dahlem.

**Schule mit Zukunft
Demonstration und Kundgebung in Stuttgart**

**am Samstag, 19. April
Sternmarsch ab 13 Uhr, Kundgebung um 14 Uhr Schlossplatz**

Die landesweite Initiative „Schule mit Zukunft“ ruft zu dieser Aktion auf.

Die Hauptforderungen sind:
– kleinere Klassen, – mehr Lehrerinnen und Lehrer, – Ausbau der Ergänzungsbereiche (Sport, Musik, AGs), – bessere Förderung, – mehr qualifiziertes Personal (Schulsozialarbeit), – Konzeptüberarbeitung des G8.

www.schule-mit-zukunft.com

**Kinderarmut in Baden-Württemberg:
Stärkster Anstieg deutschlandweit
– Skandal im „Kinderland“**

Obwohl in Deutschland etwa 2,8 bis 3 Millionen Kinder in Armut leben – fast ein Viertel – und fast noch einmal so viele an der Grenze zur Armut, war es erst das Schuleszen, das diesem beschämenden Skandal öffentliche Aufmerksamkeit beschert hat. Mit viel Engagement wird an Ganztageschulen nämlich ein Essen angeboten, das im Materialpreis mindes-

tens 2,50€ kostet. Und dadurch erst wurde publik, dass arme Kinder bei einem Mittagessenssatz unter 1,60 € sich kein gesundes Mittagessen leisten können. Der Staatssekretärin Gurr-Hirsch ist das wohl noch 2007 nicht aufgefallen, als sie zusammen mit dem Ludwigsburger Landrat ein Schulzentrum im Kreis als „Leuchtturmprojekt“ lobte: das Essen kostet dort 3,50€. Vom Versprechen, das Land werde die Kosten übernehmen, will Ministerpräsidenten Oettinger nichts mehr wissen.

In Stuttgart gibt es 12.000 arme Kinder, davon 3.000 in Grundschulen. Im Landkreis Ludwigsburg leben mehr als 6.600 Kinder von Hartz IV, im wohlhabenden Baden-Württemberg sind es immerhin 150.000 oder ca. 9% – und wenn man als Indikator die „relative Armut“ nimmt, sind es schon 15,5%. Der Anstieg von 2005 auf 2006 betrug 13% – bundesweit ist das die höchste Steigerungsrate. Als im August 2007 der Kinderschutzbund protestierte, indem er für jedes arme Kind im Kreis ein Fähnchen in den Rasen des Ludwigsburger Schillerplatzes steckte, verwies die Vorsitzende darauf, dass sich die Kinderarmut seit Hartz IV verdoppelt hat und immer noch steigt.

250 € für eine Klassenfahrt ist nicht viel – solange man nicht von einem Monatssatz von 208 € leben muss. Und kostet die Grundausrüstung eines Erstklässlers nicht auch mindestens 150 €? Was kostet die Fahrkarte zur Schule? Sportverein ohne Fußballschuhe? Bezahlte Nachhilfe braucht man nicht auf der Hauptschule. Hier konzentrieren sich zunehmend die Kinder der Armen. 70% der Eltern armer Kinder haben keinen oder einen schlechten Bildungsabschluss. Armut produziert Bildungsverlierer, Bildungsverlierer bleiben arm. Selbst eine Studie der konservativen Konrad-Adenauer-Stiftung beklagt, dass Deutschland beim Zugang zur Bildung auf dem Weg in eine Klassengesellschaft sei.

Am Ende der Grundschule sind arme Kinder schon eine Note schlechter als die anderen – und liegen mit 2,9 in Deutsch und 3,1 in Mathe genau bei den Noten, ab denen bei uns in die Hauptschule müssen. Jetzt werden landesweit wieder die Bildungsempfehlungen genannten Zwangszuordnungen zu den drei Schularten ausgesprochen: die Wohlhabenden ins Gymnasium, die Armen in die Hauptschule. Damit muss Schluss sein. Verbilligtes oder besser kostenloses Schuleszen ist wichtig, genügt aber nicht, da es Essen an den wenigsten Schulen gibt. Wir Linken fordern nicht nur einen Pakt gegen Kinderarmut mit einer ausreichenden Kindergrundsicherung. Wir fordern auch ein Ende des unsäglichen Aussortierens der Kinder.

Erhard Korn

Aus dem „Neuen Ravensburg Nr. 8“

Kleinkinderbetreuung: Stadt Ravensburg schön Statistiken

Im Dezember 2006 führte die Stadt Ravensburg eine Umfrage unter den Eltern von Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren durch. 37% der angeschriebenen Eltern sandten den ausgefüllten Fragebogen zurück. Von diesen gaben 66% an, dass ein Betreuungsbedarf prinzipiell besteht.

Skandalös ist die Auswertung dieser Fragebögen: Die Stadtverwaltung beziffert den Anteil der Kinder mit Betreuungsbedarf auf 25% – sie geht also davon aus, dass tatsächlich nur dort ein Bedarf besteht, wo die Eltern den Fragebogen ausgefüllt haben. Egal, wie die Fragestellung der Umfrage oder wie eindringlich der Appell, den Fragebogen zurückzuschicken, auch sein mochte: Dass auf diese Weise keine objektive Bedarfsermittlung stattfindet, muss den Verantwortlichen klar sein. Der tatsächliche

Bedarf dürfte daher bei über 60% liegen. Die Stadt schafft bisher nach eigenen Angaben 18% – unter sehr wohlwollender Interpretation der Daten (betreute Spielgruppenplätze werden genauso gezählt wie Ganztagesbetreuungsplätze)!

Zugang zu den Betreuungsangeboten bekommen nur Kinder aus Ravensburg. Pendler von außerhalb, die ihre Kinder in der Nähe ihres Arbeitsplatzes betreuen lassen wollen, schauen somit in die Röhre. Dass aber viele Eltern eine arbeitsplatznahe einer wohnortnahen Betreuung vorziehen, zeigen die Erfahrungen anderer Kommunen. Neue Angebote für 0-3-jährige Kinder werden obendrein nur „kostenneutral“ durch „Umwidmung bestehender Ressourcen“ geschaffen – zu Lasten von Kindern und Erzieherinnen.

DIE LINKE meint dazu: Die Stadt sollte mehr auf die Bedürfnisse der Bürger als auf ihr Image schauen. Eine ehrliche Bestandsaufnahme wäre nötig und das Ergebnis: Gewaltiger Nachholbedarf!

Erfolgreiche Boykottaktion gegen Studiengebühren an Freiburger Fachhochschule

In einer Vollversammlung der gebührenpflichtigen Studierenden wurde am 4.12.2007 die Durchführung eines Boykottes von Studiengebühren an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg (EFH) beschlossen. Als Quorum wurde aufgrund der geringen Größe der Hochschule ein Anteil von knapp der Hälfte der gebührenpflichtigen Studierenden gewählt. Dieses Quorum konnte bereits zwei Tage vor dem Stichtag am 17.1.2008 erreicht werden. Knapp die Hälfte der Betroffenen hatte die 500 € Studiengebühren nicht an die Hochschule, sondern auf ein von der Anwältin Susanne Besendahl verwaltetes Treuhandkonto überwiesen. Die Zahlung von Studiengebühren wurde auch nach Ablauf des offiziellen Rückmeldezeitraums weiter verweigert.

Während sich der Boykott klar generell gegen die Erhebung von Studiengebühren richtete, wurden gleichzeitig Bestrebungen für eine Reform der derzeitigen Gebührenordnung auf den Weg gebracht. Dabei wurde unter anderem eine Ausweitung der Härtefallregelungen und umfassende studentische Mitsprache bei der Verwendung gefordert. Unter dem Druck des Boykottes konnten dabei weitreichende Zugeständnisse erreicht werden. Diese schließen die Einrichtung eines Fonds für zinsfreie Darlehen (aus Mitteln der Landeskirche), eine Ausweitung der Härtefallregelungen und die Einsetzung eines Senatsausschusses mit hohem Studierendenanteil, der eine neue Gebührenordnung erarbeiten soll, mit ein. Alle von diesem Ausschuss erarbeiteten Änderungen werden voraussichtlich rückwirkend Gültigkeit erhalten. Auf der Ebene der Reform konnte also durch den Boykott viel erreicht werden.

Der Boykott selbst konnte allerdings leider nicht zum endgültigen Ziel, einer Rückmeldung der Boykottierenden ohne Zahlung von Studiengebühren, geführt werden. Einige Boykottierende hielten dem harten Vorgehen der Hochschulleitung nicht stand. Diese hatte sofort nach Ende des Rückmeldezeitraums Mahnungen verschickt, in denen nach einer rechtlich fragwürdigen Frist von gerade einmal zwei Wochen bereits letztmalig mit der Einleitung eines Exmatrikulationsverfahrens gedroht wurde. In Folge dessen wurde das Quorum knapp unterschritten. Das auf dem Treuhandkonto verbliebene Geld müsste deshalb gemäß den AGBs am 4.2.2008 an die Hochschule weiter überwiesen werden. Diese Überweisung erfolgte unter Vorbehalt, um das Zurückfordern von Geldern nach einer rückwirkenden Änderung der Gebührenordnung zu erleichtern und um

den symbolischen Gehalt des Boykottes zu unterstreichen.

Trotzdem kann der Boykott als Erfolg gewertet werden. Nicht nur konnten umfassende Reformen durchgesetzt werden, sondern gleichzeitig ist auch eine breite Bewegung gegen Studiengebühren an der EFH entstanden.

Christian Breher, Freiburg

Landesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ gegründet

Am Samstag dem 16. Februar 2008 gründete sich in Tübingen die Landesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ der Partei Die Linke. In den dreiköpfigen Sprecherrat wurden Ronny Friedrich (52 J.) aus Gengenbach, Jakob Hermann (24 J.) und Stephan Lorent (46 J.) aus Tübingen gewählt. Durch diese Gründungsveranstaltung konnte sechs weitere aktive Mitglieder gewonnen werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ ist sowohl offen für Menschen mit und ohne Behinderungen als auch für Nichtmitglieder der Partei Die Linke, die sich den Zielen der Partei verbunden fühlen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft ist selbst keine Selbsthilfegruppe, fühlt sich diesen aber insoweit sehr eng verbunden, als sie deren behindertenpolitische Themen aufgreifen und in den entsprechenden politischen Ebenen (Stadt, Kreis, Land) vertreten will.

Pressefrühstück der Ökologischen Plattform

Alternativer Nobelpreisträger Percy Schmeiser bei der LINKEN

Am 8.1.2008 veranstaltete die Ökologische Plattform und DIE LINKE Baden-Württemberg ein Pressefrühstück mit dem Alternativen Nobelpreisträger Percy Schmeiser. Die knapp zweistündige Veranstaltung fand im integrativen Sozialzentrum „Bohnencafé“ in der Stuttgarter Altstadt statt.

Dabei waren Karin Binder, Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Verbraucherschutz der Linksfraktion, die rote Stuttgarter Stadträtin Ulrike Küstler, Franz Groll vom Landesvorstand, Anne Rahlfs, Sprecherin der Ökologischen Plattform, sowie Brigitte Ostmeier vom

Bundesvorstand DIE LINKE.

Schmeiser kämpft seit Jahren für die Rechte der Farmer auf gentechnisch-freies Saatgut und für den Erhalt der herkömmlichen Landwirtschaft.

2007 wurde ihm und seiner Frau der Alternativen Nobelpreis verliehen. Der Einsatz von Gentechnik auf kanadischen Äckern, hatte zur Folge, dass keine natürlichen Raps- und Sojakulturen überlebten. Weder in Kanada noch in den USA gibt es eine Kennzeichnungspflicht für genetisch veränderte Lebensmittel.

Auch in Deutschland wirkt eine starke Lobby darauf hin, die gesetzlichen Hürden für den Anbau von gentechnisch veränderten Kulturen abzubauen.

Karin Binder, Sprecherin für Verbraucherschutz und Mitglied des Deutschen Bundestages der Linksfraktion, reagierte auf Schmeisers Bericht sehr besorgt, da in Ihrem Wahlkreis bereits die ersten Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen laufen und die Folgen, nach Erfahrungen aus anderen Ländern, dramatische Auswirkungen für Verbraucher und Umwelt mit sich bringen. Sie war sich mit Herrn Schmeiser über die Dringlichkeit der Thematik sofort einig. Als Verbraucherschutzbeauftragte setzt Sie sich, entsprechend den Forderungen der Linken, intensiv für den Schutz der Verbraucher ein, damit eine umfangreiche Kennzeichnungspflicht und ein Verbot gentechnisch veränderter Produkte auch hierzulande gesetzlich verbindlich wird. Nur so hat der Verbraucher die Möglichkeit zu verfolgen, welche Bestandteile seine Nahrungsmittel enthalten.

Ende des Jahres 2007 lief hierzu eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag, mit einem sehr ernüchternden Ergebnis. Die Bundesregierung hat keine Übersicht bezüglich der volkswirtschaftlichen Kosten von Feldversuchen mit gentechnisch veränderten Kulturen und strebt diese auch nicht an.

Frau Binder und Herr Schmeiser waren sich darüber einig „es muss jetzt gehandelt werden, um Schlimmeres zu verhindern“, eine Koexistenz von herkömmlicher Landwirtschaft und Gentechnik ist nicht möglich.

Anne Rahlfs



Gründungsversammlung der Landes-AG betrieb&gewerkschaft

KARLSRUHE, 26. JANUAR 2008. Die erste Mitgliederversammlung war geprägt durch eine gute Diskussion über unser Verständnis von Gewerkschaftsarbeit. Dazu gab es ein ausgezeichnetes Referat von Sybille Stamm und ein knappes Arbeitspapier der AG zum Selbstverständnis und zu den Aufgaben der AG.

Der Verdi-Bezirksvorsitzende von Mittelbaden/Nordschwarzwald, Willi Vollmar, hielt ein Grußwort und trat der AG bei. Als Gast konnten wir auch Angel Stürmlinger begrüßen, den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Karlsruhe.

71 Mitglieder waren gekommen. Sie diskutierten das Papier „Selbstverständnis und Aufgaben“. Zugleich wurde eine Redaktionsgruppe eingerichtet, die viele wertvolle Anregungen für das Selbstverständnis weiter bearbeiten soll, da manche Punkte nicht endgültig geklärt werden konnten und Kontroversen bestehen.



Im Mittelpunkt der Arbeit der AG werden die Tarifrunden im Einzelhandel und im öffentlichen Dienst stehen. Die Kampagne für den gesetzlichen Mindestlohn gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und ab April dann eine große Kampagne gegen die Rente ab 67.

Mit großer Geschlossenheit wurde der zehnköpfige Sprecherinnenkreis gewählt. Ihm gehören an: Petra Faulhaber, IGM, Aalen; Ilse Kestin, IGM, Stuttgart; Cornelia Krüger, IGM, Heidelberg; Gertrud Moll, IGM, Stuttgart; Uta Spöri, Verdi, Freiburg; Hasso Ehinger, IGM, Heilbronn; Stefan Dreher, IGM (DGB), Tübingen; Jochen Dürr, Verdi, Schwäbisch Hall; Jürgen Gulden, IG BCE, Weinheim, Daniel Reuss, IGM, Rastatt.

Die [solid]-Jugend hat zugesichert, eine ständige Vertreterin zu entsenden. Der Sprecherinnenrat beauftragte Hasso Ehinger und Stefan Dreher mit der Geschäftsleitung.

Und das sind die kommenden Termine: Sitzungen des Sprecherinnenrats: 12.4., 14.6., 26.7., 11.10. und 06.12., jeweils Beginn 10:15 Uhr im Stuttgarter Landesbüro, Marienstraße 3A. **Regional AG Stuttgart/Mittlerer Neckar:** Montag, 17.03., 18:30 Uhr ebenda. Geplant sind für Anfang Mai **Gründungen von Regional-AGs** für Freiburg/Südbaden und Heidelberg/Mannheim/Rhein-Neckar.

Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen . . .

Gründungsversammlung der Landes-AG betrieb&gewerkschaft am 26.1.2008 in Karlsruhe: Auszüge des Referats von Sybille Stamm

Liebe Genossinnen und Genossen, heute ist ein denkwürdiger Tag. Der Zeitpunkt zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft betrieb&gewerkschaft ist gut gewählt: (Es gibt...) genug zu tun. Dringender Handlungsbedarf – Handlungsbedarf für eine sozialistisch-gewerkschaftlich orientierte Arbeitsgemeinschaft betrieb&gewerkschaft.

- Es gilt, die Kraft der kämpfenden Belegschaften zu stärken;
- Es gilt, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und umzukehren;
- Es gilt, die moralische und soziale Hegemonie zu gewinnen, denn, was sich abspielt, ist – verzeiht mir den altmodischen Ausdruck – Klassenkampf.

Deshalb ist es gut, linke Kraft in den Betrieben und Gewerkschaften in der Gesellschaft, in den Parlamenten zu bündeln unter dem Dach der neuen Partei „DIE LINKE“

(...)

Da sich die Periode der privilegierten Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie dem Ende zuneigt, stehen die Gewerkschaften vor der Aufgabe, ihr Verhältnis zu den wichtigsten Entscheidern in den politischen Arenen neu zu konzipieren. An der Stelle der besonderen Beziehung zu einer Partei sollte ein Konzept einer strategischen Flexibilität gegenüber allen in den Parlamenten vertretenen Parteien treten.“ (ISW - Report Nr. 71, September 2007.)

Das bedeutet praktisch, dass die neu gegründete Linke als ein Hauptakteur wahrgenommen und geschätzt werden könnte. Das ist die Stunde der Arbeitsgemeinschaft betrieb&gewerkschaft. Ihre Aufgabe wird eine doppelte sein:

1. In die Partei hinein wirken, linke gewerkschaftliche Sichtweisen in der Partei verankern, dort für linke Gewerkschaftspositionen werben, wo Distanz und Skepsis gegenüber „dem Apparat“ vorhanden ist.

(...)

2. In den Gewerkschaften wirken, linken Gewerkschaftspositionen eine Stimme geben und – natürlich – Tarifkämpfe, Arbeitskämpfe und Kämpfe von Belegschaften wie bei Opel, AEG in Nürnberg und Nokia aktiv unterstützen.

Die Linke muss mehr sein als eine fortschrittliche Gewerkschaftspartei und die Arbeitsgemeinschaft ist

mehr als ein fortschrittlicher Gewerkschaftsflügel. Sie hat auch die Aufgabe, sozialistische Perspektiven in die Gewerkschaften hinein zu tragen. (...)

Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, Utopien zu entwickeln oder wieder zu beleben, Utopien für ein besseres Leben. Ein Beispiel: 1984 – im Kampf um die 35-Stundenwoche ging es nicht allein um den Abbau der Arbeitslosigkeit – es ging auch um die Utopie eines gleichberechtigten, partnerschaftlichen Lebens. Es ging um gesellschaftliche Hegemonie, um die Gewinnung moralischer Autorität.

Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen – das war die Parole von uns Frauen.

Einige werden sich an das Bild von Gertrude Degenhardt – den 35-Std-Wochen-Menschen-Zug – erinnern, auf dem der kleine Trommler vorn die Zahl 30 vor sich herträgt – der Traum vom 6-Std-Tag... ein Traum eines anderen, umfassenderen Lebens trotz Lohnabhängigkeit.

(...)

Und das Ziel, die Arbeit gerecht umzuverteilen, – durch bezahlte Arbeitszeitverkürzung bleibt auf der Tagesordnung. Das sind wir den Erwerbslosen, den Frauen, der Jugend, dem Leben schuldig!

Antoine Saint-Exupéry lässt seinen kleinen Prinzen in dem berühmten Diskurs über die Bedeutung der Zeit sagen: „Zeit ist Leben und das Leben wohnt im Herzen“

(...)

„Reformen zur Überwindung des Kapitalismus“ – lautet ein Kapitel in den programmatischen Eckpunkten der Linken. Es geht also um mehr als pragmatische Gewerkschaftspolitik. Es geht um die Dialektik von Tageskämpfen und langfristiger Perspektive der Veränderung der Gesellschaft. Karl Marx hat diesen Doppelcharakter der Gewerkschaften in der berühmten Schrift „Lohn, Preis Profit“ präzise beschrieben:

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals... Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlich Befreiung der Arbeiterklasse...“ (MEW 16, S.152)

Diese Mahnung und gleichzeitig Aufgabenstellung wünsche ich mir als Leitfaden für die Politik der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft!

Vorgestellt: Aus Baden-Württemberg im Parteivorstand

Der Landesverband Baden-Württemberg ist mit vier Mitgliedern im Parteivorstand vertreten: Ulrich Maurer, MdB, Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand, Verantwortlicher für die Parteientwicklung-West. Michael Schlecht, hauptamtliches Bundesvorstandsmitglied bei Verdi ist gewerkschaftspolitischer Sprecher des Parteivorstandes. Er arbeitet derzeit insbesondere zu den Themen Niedriglohn/ Mindestlohn sowie Rentenversicherung. Unsere weiblichen Mitglieder im Parteivorstand sind Heidi Scharf und Biggi Ostmeier. Beide stellen sich hier vor.

Mit einem Quäntchen mehr Frechheit

Von Heidi Scharf

Schon als Kind lernte ich von meiner Großmutter, dass alle Menschen gleich sind und sich keiner vor dem anderen erniedrigen darf. Das ist Leitmotiv in meinem Leben. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ hat sich tief in mir eingepägt. In Würde leben können Menschen jedoch nur, wenn sie genug Einkommen haben, von dem sie alle Bedürfnisse decken können. Insbesondere gehören dazu Wohnraum, Nahrung, Kleidung, Bildung, Kultur, Mobilität und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Gerade Kinder und Frauen sind



oft von diesem Leben ausgeschlossen. Sie stehen an der untersten Skala der Armut in unserem reichen Land. Kinder sind unsere Zukunft, und ihre Erziehung und ihr Wohlergehen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Deshalb plädiere ich für eine kostenlose Kinderbetreuung, ganztags und durch hochqualifiziertes

Personal für alle Altersgruppen, sowie für eine umfassende Lern- und Lehrmittelfreiheit an den Schulen und Hochschulen. Insbesondere für Kinder aus sozial schwachen Familien würde dies gleiche Bildungschancen bedeuten.

„Die Armut ist weiblich“, das ist nicht nur so dahergesagt, sondern in allen Statistiken nachzuvollziehen: Im Durchschnitt 22 Prozent niedrigere Einkommen im Verhältnis zu den Männern bei gleicher Qualifikation; die niedrigsten Renten vor allem im Westen Deutschlands; Frauen haben den höheren Anteil an den SozialgeldempfängerInnen; bei den arbeitslosen Frauen ist der Aufschwung ebenfalls noch nicht angekommen.

Deshalb geht es für mich auch heute immer noch um frauenpolitische Grundrechte:

- für das Recht auf Arbeit und gleiches Einkommen,
- für das Recht auf gleiche Bildung und Ausbildung,
- für das Recht auf soziale Sicherung und kostenlose hochqualifizierte Betreuungseinrichtungen für unsere Kinder,
- für das Recht der Frau auf Schutz vor Gewalt,
- für Freiheit von wirtschaftlicher, aber auch von patriarchaler Unterdrückung,
- für das Recht auf Selbstbestimmung,
- für die Teilung der Hausarbeit und Kindererziehung (vor allem durch weitere Arbeitszeitverkürzung).

Keine Frau, kein Mann, kein Kind darf ins gesellschaftliche Abseits gestellt werden.

DIE LINKE wird ausgehend von diesen Grundpositionen eine inhaltliche Neuformierung der Frauenpolitik erarbeiten müssen. Es fehlen dazu, auf die heutigen Probleme bezogen, analytische Aussagen und praxisnahe Politikangebote. Diese müssen an den unmittelbaren Bedürfnissen und Interessen der Frauen anknüpfen und mobilisierungsfähig sein.

Wir müssen aber auch sagen, gegen wen wir das alles durchsetzen müssen: gegen die Macht der Unternehmer und gegen das Kabinett. Es muss mehr als nur ein Mangel verteilt werden, sondern der von uns geschaffene gesellschaftliche Reichtum muss endlich umverteilt werden. Wir brauchen das Recht auf Arbeit und Einkommen für alle. Dafür müssen wir kämpfen, Schritte gemeinsam mit den Menschen entwickeln.

Als Gewerkschafterin und als eine der beiden gewerkschaftspolitischen

Sprecherinnen des Parteivorstandes sehe ich meine Hauptaufgaben vor allem darin, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu streiten und notfalls auch zu kämpfen, täglich, vor Ort und solidarisch. Das alles mit einem Quäntchen mehr Frechheit, mit viel Kreativität, mit Mut zur Veränderung und mit viel Zivilcourage gegen das Mittelmaß.



„Bisher mehr ein Warmlaufen“

Von Biggi Ostmeier

Meine Arbeitsschwerpunkte sind Friedenspolitik und Ökologie und die will ich glaubwürdig als Querschnittsthemen in der Programmatik und der politischen Arbeit der LINKEN verankern. So habe ich z. B. als Mitglied des Parteivorstands die LINKE bei der internationalen „The World against War Conference“ in London im Dezember 2007 vertreten – zweifellos ein Highlight meiner bisherigen PV-Aufgaben.

Ansonsten war die Arbeit im 44-köpfigen PV rückblickend zwar oft spannend, aber nicht immer vergnügungssteuerepflichtig. Bisher gibt es nur wenige funktionierende Arbeitsgruppen im PV, das wäre aber nötig um die eigenen Schwerpunktthemen voranzubringen. Wie befürchtet gibt es stattdessen viele informelle Grüppchen, Fraktionslosigkeit und natürlich Informationsdefizite bei denen, die weder MandatsträgerInnen bzw. Angestellte bei Partei oder Fraktion noch in Berlin vor Ort sind. Die kurze Amtsperiode mit nur sieben PV-Sitzungen erlaubte leider auch kein gegenseitiges Kennen lernen, um Vertrauen aufzubauen – sehr schade. Mir schien das bisher mehr ein Warmlaufen zu sein: Die „richtige“ PV-Arbeit geht wohl erst nach der nächsten PV-Wahl im Mai los. Im Falle meiner Wiederwahl dazu dann gerne mehr in ein paar Monaten.

Ausführlichere biographische und politische Informationen zu mir findet Ihr in meiner PV-Vorstellung im Netz http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20072008/ und im Novemberheft von Disput.

Lohnforderungen mehr als berechtigt

Zu den bundesweiten Streiks der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erklärt der gewerkschaftspolitische Sprecher des Parteivorstandes Michael Schlecht:



Die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen ist so stark wie schon lange nicht mehr. Das ist kein Wunder, erklärt die Kanzlerin doch bei jeder Gelegenheit gutgelaunt, dass der Aufschwung bei den Menschen ankomme. Dies ist jedoch schlichtweg falsch, denn bei vielen kommt seit Jahren Null-Komma-Nichts oder sogar ein Minus an. Zum ersten Mal erleben wir in der Nachkriegsgeschichte einen Aufschwung, der nur in den Taschen der Reichen und Vermögenden zu spüren ist. Sie erhielten seit 2000 über 40 Prozent mehr.

Deshalb sind Lohnforderungen von acht und mehr Prozent mehr als berechtigt. Ich möchte daran erinnern, dass Union und SPD im Bundestag die Diätenerhöhung um 9,4 Prozent mit einem „Nachholbedarf“ begründet haben. Das muss dann mindestens auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gelten. Sie haben ihre letzte Tarifierhöhung am 1. Mai 2004 erhalten, sie betrug damals gerade ein Prozent!

Die Steuereinnahmen sprudeln zurzeit wie schon lange nicht mehr. Wann, wenn nicht jetzt, sollten die Beschäftigten deutliche Lohnerhöhungen durchsetzen?

Wenn Finanzminister Steinbrück 2008 weitere zehn Milliarden Euro an die Konzerne verschenkt, wird das Argument, dass kein Geld für ordentliche Lohn- und Gehaltserhöhungen da sei, ad absurdum geführt. Und mit einer wirklichen Reform der Erbschaftsteuer, die die Reichen mehr belastet, könnten mindestens sechs Milliarden Euro Mehreinnahmen in die Länderkassen fließen.

Der Bus fährt nicht, die Kita ist geschlossen und der Müll wird nicht abgeholt. Viele Menschen sind von den Streiks betroffen. Aber auch für sie ist es wichtig, dass diese Tarifrunde erfolgreich ausgeht. Dann werden gute Abschlüsse auch in anderen Tarifbereichen leichter. Auch Rentner und Rentnerinnen müssen wissen: Die Rentenerhöhung 2009 hängt von einer möglichst starken Lohnerhöhung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mit ab.

DIE LINKE ruft deshalb alle auf: Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Beteiligt euch an den Kundgebungen von Verdi!

Zumwinkel, Siemens & Co

Ulrich Maurer: Demokratie in Gefahr

„Der Fall Zumwinkel ist die Spitze des Eisbergs“, diagnostiziert Ulrich Maurer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. „Die Kette des Sittenverfalls in der Republik ist endlos. Im Blickfeld sind fast ausschließlich die ganz oben: Manager, Millionäre, Milliardäre. Nach horrenden Abfindungen im Mannesmann-Deal, Korruption im gesamten Siemens-Konzern, diversen Insidergeschäften sind nun Hunderte Verdächtige, vor allem gut Betuchte, im Visier der Steuerfahnder.“

Ulrich Maurer weiter: „Im Lande jagt ein Aufschrei über das skandalöse Fehlverhalten Einzelner den nächsten. Keiner redet über Hintergründe. Die Politik bleibt tatenlos. Anträge, Managergehälter zu begrenzen, die Gier nach Rendite zu stoppen, Steuerschlupflöcher endlich und definitiv zu stopfen, werden im Bundestag abgelehnt. Stattdessen wird eine riesige Kontrollbürokratie aktiviert zur Schikanie kleiner Leute, die Sozialleistungen beziehen. Reichtum schlägt auf die Moral. Zwei Drittel der Menschen glauben, dass es nicht mehr gerecht zugeht im Lande. Wenn Manager heute das Zweihundertfache eines Arbeiters verdienen, wenn der Kontrast zwischen Champagnerpartys und Suppenküchen immer schlagender wird, muss im Staate etwas grundlegend geändert werden. Die Glaubwürdigkeit der Demokratie ist in Gefahr.“

Raffgier gesetzlich beschränken!

Oskar Lafontaine in der „Süddeutschen Zeitung“:

Was symbolisiert für Sie der Fall Zumwinkel?

Dieser Fall zeigt, wie notwendig die Linke in Deutschland ist. Wir haben vorgeschlagen, die Managergehälter auf das Zwanzigfache des Arbeitnehmergehaltes zu reduzieren. Alle anderen Fraktionen im Bundestag haben dies abgelehnt. Wir haben vorgeschlagen, den Spitzensteuersatz zu erhöhen. Abgelehnt. Wir haben vorgeschlagen, Aktienoptionen zu verbieten, damit Manager keine Chance haben, mit der Ankündigung von Entlassungen den Kurs und damit ihr Einkommen in die Höhe zu treiben. Abgelehnt.

Pardon, aber was hat das alles mit Steuerhinterziehung zu tun?

Leute, die mit Aktienoptionen bezahlt werden und immer größere Gewinne mitnehmen wollen, kennen irgendwann kein Maß mehr.

Das heißt, wenn Manager weniger

verdienen, werden sie auch weniger gierig? Das ist doch absurd.

Wenn man gesetzlich der Bereicherung und der Raffgier Tür und Tor öffnet, darf man sich nicht wundern, wenn manche Manager die Gesetze überhaupt nicht mehr beachten.

Parteivorstand DIE LINKE: 10 Punkte für eine solidarische und sichere Rente

Der neoliberale Umbau des Sozialstaats hat auch vor der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) nicht halt gemacht und wird unter der Großen Koalition unvermindert fortgeführt. Ob Riester-Rente, Nachhaltigkeitsfaktor oder Rente ab 67. All diese Maßnahmen haben das Ziel, das Vertrauen in die solidarische Sicherung durch die gesetzliche Rente systematisch zu zerstören. Ergebnis wird sein: Selbst bei erwerbslebenslanger Beitragszahlung kann die gesetzliche Rente allein Armut nicht mehr wirksam verhindern. Es drohen Armutsrenten. Millionen Menschen müssen damit rechnen, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Wer im Alter seinen Lebensstandard halten will, ist dazu gezwungen, einen immer größeren Teil des Einkommens in mehr oder weniger zuverlässige private Altersvorsorgesysteme zu stecken. Der neoliberale Angriff auf die gesetzliche Rente zielt nicht nur auf eine Entlastung der Arbeitgeber, sondern gleichzeitig auch darauf, immer größere Teile der Alterssicherung zu privatisieren und dem Kapitalmarkt zu überantworten. Gewinner dieser Entwicklung sind vor allem Banken und Versicherungskonzerne.

Wir kämpfen für Gute Arbeit und Gute Renten. Wir finden uns nicht ab mit Armutslöhnen, Prekarisierung, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Ordentliche Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie Mitbestimmung und Interessenvertretung am Arbeitsplatz bilden das Fundament für einen stabilen Sozialstaat, der mehr als das blanke Überleben sichert. Im Zentrum linker Rentenpolitik steht die Verteidigung der gesetzlichen Rente als Lebensstandard sicherndes Alterssicherungssystem. Wir wollen, dass der Sozialstaat die Menschen vor den Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zuverlässig schützt und treten für das Prinzip der Solidarität als Gegenmodell zum Profitprinzip ein. Wir fordern die sofortige Umsetzung folgender Punkte:

1. Die Gesetzliche Rente als tragende Säule der Alterssicherung stärken

Die GRV muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden. Es

muss der Grundsatz gelten, dass die Rente den erreichten Lebensstandard im Alter absichert. Dieses Prinzip der Lebensstandardsicherung muss in der GRV wieder durch ein definiertes Sicherungsniveau gesetzlich festgeschrieben werden. Altersarmut muss vermieden und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichergestellt werden. DurchschnittsverdienerInnen müssen wieder Renten aus der GRV erhalten, die einen deutlichen Abstand zur Grundsicherung aufweisen. Um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicher zu stellen, ist als Sicherungsziel ein Betrag von rund 70 Prozent des Durchschnittseinkommens der Versicherten nötig.

2. Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren

Wir wollen die sofortige Rücknahme von Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor. Auch die im Zuge der Rente ab 67 geplante „Sicherungsklausel“ wird ebenfalls abgelehnt. Damit wird die Rente wieder so dynamisiert, dass allen Generationen eine gerechte Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand garantiert wird. Wer auf mehr „Eigenvorsorge“ setzt statt auf die solidarische Umlagenfinanzierung, trägt dazu bei, die wachsende Ungleichheit in der Solidargemeinschaft zu vergrößern.

3. Nein zur Rente ab 67

Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 65 Jahre lehnen wir ab, weil sie nichts außer einer weiteren flächendeckenden Kürzung der Renten bewirkt. Notwendig sind flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr. Wir streben langfristig das Renteneintrittsalter ab 60 Jahre an, ohne Abschläge. Wir wollen eine Fortführung der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit und einen abschlagsfreien Zugang zu Erwerbsminderungsrenten.

4. Schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die GRV

Wir wollen die Einbeziehung von bislang nicht oder nur unzureichend gesicherten Personen sowie von Personen, die derzeit noch Zugang zu „privilegierten“ Sondersystemen haben, in eine einheitliche soziale Erwerbstätigenversicherung für alle, in die Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen paritätisch einzahlen. Damit tragen wir auch den veränderten Erwerbs- und Lebensbiografien in einer sich immer schneller wandelnden Arbeitswelt Rechnung. Die sozialversicherungsrechtliche Sonderbehandlung von Mini- und Midi-Jobs ist zu beenden. Dies stärkt die Solidargemeinschaft innerhalb der GRV und hilft die Beitragsbasis zu stabilisieren.

5. Beitragsbemessungsgrenze schrittweise aufheben

Um einen Spielraum für den sozialen Ausgleich in der GRV zu schaffen,

wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise an- und längerfristig aufheben. Die damit verbundenen Steigerungen der Rentenansprüche werden abgeflacht. Eine soziale Erwerbstätigenversicherung ist für die Versicherten damit nicht nur sozial gerechter, sondern auch kostengünstiger als das gegenwärtige System.

6. Stärkung des Solidarausgleichs in der GRV

Der Solidarausgleich in der GRV muss gestärkt und ausgebaut werden, damit auch Menschen mit durchbrochenen Erwerbsbiografien und niedrigen Einkommen im Alter im Regelfall nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind. Zur Schließung von Lücken in den Rentenbiografien sind daher die drei Jahre Kindererziehungszeit auch für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder bei der Rentenberechnung anzuerkennen, für Schul- und Hochschulbildung wieder Anrechnungszeiten einzuführen, sowie schulische und berufliche Ausbildungs-



zeiten wieder höher zu bewerten. Die für Pflegepersonen entrichteten Rentenversicherungsbeiträge sind anzuheben. Des Weiteren muss für GeringverdienerInnen gezielt eine Höherbewertung der Rentenpunkte erfolgen, damit langjährig Versicherte Aussicht auf eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus haben. Der Beitrag, den die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) an die gesetzliche Rentenversicherung entrichten, ist deutlich anzuheben.

7. Subventionierung des Solidarausgleichs statt der privaten Altersvorsorge

Der Bund subventioniert die private Altersvorsorge. Allein 2008 plant die Regierung dafür eine Summe von 12,8 Mrd. Euro ein. Das ist der falsche Weg. Die Förderung der privaten Altersvorsorge bevorteilt Besserverdienende

und schwächt die Gesetzliche Rente. Die Milliarden des Bundes sind deshalb weitaus besser und sinnvoller angelegt, wenn sie zur Stärkung der Ausgliederelemente innerhalb der GRV verwendet werden, um gezielt die Rentenansprüche von Geringverdienern und Erwerbslosen aufzustocken.

8. Beitragssatzdogma aufheben

Das Leistungsziel in der GRV muss an die Stelle der Beitragssatzdeckelung treten. Die Beitragssatzhöhe muss sich wieder an dem angestrebten Leistungsniveau orientieren. Die Begrenzung des Beitragssatzes auf 20 Prozent bis 2020 und auf 22 Prozent bis 2030 nutzt allein den Unternehmen. Die ArbeitnehmerInnen müssen bereits heute zur Wahrung ihres Lebensstandards im Alter einen insgesamt höheren Anteil ihres Einkommens für gesetzliche und private Vorsorge aufbringen, als er bei einer paritätischen Finanzierung im Rahmen einer sozialen Erwerbstätigenversicherung erforderlich wäre. Alle Erwerbstätigen sowie die Millionen von Rentnerinnen und Rentner müssen wieder an den Produktivitätsfortschritten und damit am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt werden.

9. Angleichung des Rentenwertes Ost-West – Abschaffung von Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung

Die einigungsbedingte Schlechterstellung der ostdeutschen RentnerInnen ist aufgrund der angeglichenen Lebenshaltungskosten nicht zu rechtfertigen. Sollte der Anpassungsprozess weiter im bisherigen Tempo voranschleichen, wäre eine Angleichung des Rentenwertes Ost an das Westniveau wohl erst 2030 erreicht. Daher befürworten wir eine schnellstmögliche steuerfinanzierte Angleichung der Rentenwerte. Die vereinigungsbedingten Rentenungerechtigkeiten für einzelne Berufs- und Personengruppen im Osten Deutschlands müssen durch spezielle Regelungen abgebaut werden. Betroffen sind zum Beispiel Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR, alle Akademikerinnen und Akademiker sowie Menschen, die Angehörige gepflegt haben.

10. Grundsicherung im Alter erhöhen

Auch die Grundsicherung im Alter muss ein Leben in Würde ermöglichen. Eine Anhebung des Regelsatzes auf 435 Euro und bundesweite Standards zur Erstattung angemessener Unterkunftskosten würden zu einer sofortigen Anhebung des Leistungsniveaus führen und Zwangsumzüge vermeiden. Die Regelungen zur Nichtanrechnung von Einkommen und Vermögen müssen ausgeweitet werden, damit insbesondere die Inanspruchnahme unverheirateter LebenspartnerInnen ausgeschlossen wird.

Der Gewerkschafter und Antifaschist Werner Pfennig ist tot

Am 29. Januar 2008 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren der Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Werner Pfennig.

Seine erste politische Prägung erhielt er bereits als Kind, als er die Schrecken der Nazizeit in seinem familiären Umfeld erlebte. Seine lebenslange eindeutige Haltung gegen Faschismus und Krieg wurde durch diese Erfahrungen begründet.

Auf seinem Weg in den Beruf nach dem Krieg begleiteten ihn auch gute politische Lehrmeister. I Mit Beginn seiner Lehre als Schriftsetzer wurde er schon als Sechzehnjähriger Mitglied in der IG Druck und Papier, einer Gewerkschaft, die konsequent für eine antifaschistische Orientierung, für eine soziale und politische Alternative zur Adenauer – Administration eintrat. Als politisch bewusster Gewerkschafter wirkte er in der außerparlamentarischen Opposition und der 68er Bewegung mit.

Der Leitspruch „Wissen ist Macht“ galt für ihn auch in der Gewerkschaft, wenn es darum ging, Antworten auf die politischen Herausforderungen der Zeit zu geben. Und so folgte er Anfang der 70er Jahre dem Ruf an die gewerkschaftliche Bildungsstätte in Springen und in die Hans-Böckler-Stiftung, bevor er Mitarbeiter im Hauptvorstand der IG Druck und Papier wurde.

Große Anerkennung erwarb er sich bei seinen Kollegen und in der Gewerkschaft als gewählter Landesbezirksvorsitzender der IG DruPa in Baden-Württemberg und später im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Medien. Er verband tarifliche Auseinandersetzungen überzeugend mit gesellschaftspolitischen Fragen. Und immer wieder ergriff er in aller Klarheit Partei für Frieden und die antifaschistische Sache.

In einer fulminanten Rede auf dem 15. ordentlichen Bundeskongress des DGB im Juni 1994 prangerte er Fremdenfeindlichkeit und die Diskriminierung von ausländischen Mitbürgern an. Er erinnerte an den Brandanschlag in Solingen und kritisierte die Reaktion der Bundesregierung, das Asylrecht abzuschaffen, statt politisch gegen Rassismus vorzugehen.

Er rief auf zu betrieblichen und gesellschaftlichen Aktionen gegen Rassismus, Intoleranz und Neofaschismus. „Wir müssen jetzt aktiv handeln in einem breiten demokratischen Bündnis, damit wir zu einer demokratische Lebens- und Arbeitsform in unserem Land kommen“.

1995 ging Werner Pfennig in den



Ruhestand. Diesen nutzte er – neben vielfältigen ehrenamtlichen Aufgaben in seiner Gewerkschaft – für ein stärkeres Engagement in der VVN-BdA. Seit dieser Zeit übernahm Werner Pfennig in Baden – Württemberg und auf Bundesebene politische Verantwortung für die Arbeit der Organisation. Als gewählter Landessprecher und als Bundessprecher war er auf zahlreichen Veranstaltungen, auf Kundgebungen und Demonstrationen, in Fachgesprächen und Podien als profilierter Antifaschist präsent. Ungezählt sind seine Auftritte bei Aktionen gegen Naziaufmärsche, in den Protesten der Friedensbewegung gegen die Militarisierung der Bundesrepublik und ihrer Außenpolitik.

In diesen Jahren unterstützte er den komplizierten Prozess der Vereinigung der antifaschistischen Verbände in Ost und West. Als es nach dem Einigungskongress darum ging, zwei gleichberechtigte Vorsitzende zu wählen, stellte sich Werner Pfennig als Vertreter der alten VVN-BdA zur Verfügung.

Im vergangenen Jahr nutzte er seine Erfahrungen und Kontakte, um die Kampagne „NoNPD“ zu einer gesellschaftlichen Debatte und Auseinandersetzung zu machen. Er hatte großen Anteil daran, dass das ehrgeizige Ziel von 100.000 Unterschriften im November 2007 weit übertroffen werden konnte.

Wir werden seine politisch klaren, von Erfahrungen getragenen, empathischen aber auch streitbaren Beiträge für unsere gemeinsame antifaschistische Arbeit vermissen. Wir werden ihn nicht vergessen.

*Dr. Ulrich Schneider
Bundessprecher der VVN-BdA*

Werner Pfennig unterstützte als Mitglied den Parteineubildungsprozess der LINKEN.

Geld für die Kommunen

**Michael Schlecht – Mitglied im
Parteivorstand DIE LINKE**

**DIE LINKE will die Finanzierung der
Kommunen nachhaltig verbessern.
Zurzeit sprudeln die Steuereinnahmen.
Aber die finanzielle Situation muss
langfristig gestärkt werden.**

Mit der Gewerbesteuer und der Grundsteuer haben die Kommunen nur wenige Möglichkeiten, ihre Einnahmen selbst zu steuern. Notwendig ist eine deutliche Erhöhung der Zuweisungen durch das Land. Gerade deshalb müssen auch die Länderfinanzen gestärkt werden.

DIE LINKE will die Wiedereinführung der Vermögensteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro für eine vierköpfige Familie. 20 Milliarden Euro können so jedes Jahr zusätzlich eingenommen werden. Auf das Land Baden-Württemberg würden alleine 2,5 Milliarden Euro entfallen.

DIE LINKE will eine konsequente Besteuerung von hohen Erbschaften. Die große Koalition schont reiche Erben und verschenkt Steuereinnahmen. Zwölf Milliarden Euro pro Jahr könnte die Erbschaftsteuer bringen – wenn Erben in Deutschland so besteuert würden wie in Frankreich. Heute bringt sie gerade einmal vier Milliarden im Jahr. Wir meinen: Zehn Milliarden Euro Mehreinnahmen müssen in einem so reichen Land wie Deutschland möglich sein. Freibeträge sichern, dass der normale Familienbesitz weiterhin steuerfrei vererbt werden kann. Für Baden-Württemberg wären zusätzliche Mehreinnahmen von über einer Milliarde Euro möglich.

Unter dem Strich können allein aus Vermögen- und Erbschaftsteuer für Baden-Württemberg knapp vier Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden. Dauerhaft. Würden diese Mehreinnahmen zur Hälfte an die Kommunen weitergeleitet, ließen sich die Einnahmen um knapp zehn Prozent erhöhen. Auf rund 28 Milliarden Euro.

Weitere Einnahmen sind möglich wenn der Spitzensteuersatz für Einkommen oberhalb von 60.000 Euro auf mindestens 50 Prozent erhöht wird. Da die Kommunen von der Einkommensteuer einen Teil bekommen, führt die höhere Besteuerung von Reichen unmittelbar zu mehr Geld in der Gemeindekasse. Und wenn die Körperschaftsteuer erhöht statt gesenkt wird, würde es noch besser aussehen.

Nimmt man alles zusammen – die erhöhten Zuweisungen des Landes und mehr Einnahmen aus den sogenannten Gemeinschaftsteuern – so sind Mehreinnahmen von über drei Milliarden

Euro möglich. Ein Plus von über zehn Prozent.

So ist der finanzielle Spielraum für vieles da. Für Mensen an Schulen, für Schulbauten, für angemessene Unterkunftskosten bei Hartz IV, für Kinderbetreuung, Jugend- und Schulsozialarbeit. Auch für kommunale Wirtschaftsförderung und die Erschließung neuer sozialer und ökologischer Geschäftsfelder werden die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert. Und für die Instandsetzung der Kanalisation, von Brücken und Bauten. Viele Arbeit für viele, die heute noch arbeitslos sind.

Bürgerbegehren gegen Wohnungsprivatisierungen in Heidelberg

Am 30.1.2008 hat der Heidelberger Gemeinderat mit nur knapper Mehrheit einen äußerst fragwürdigen Beschluss gefasst: Der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft GGH soll gestattet werden, über 600 städtische Wohnungen im Stadtteil Emmertsgrund an einen privaten „Investor“ zu verkaufen. Betroffen sind davon vor allem sozial schwache Mitbürger. Schwerwiegende negative Folgen sind zu befürchten: Dem angeblichen „Investor“ soll erlaubt werden, zukünftig deutlich weniger in den Erhalt der Wohnungen zu investieren, als dies bisher die Stadt tat. Natürlich wird er versuchen, Profit aus den Wohnungen herauszuschlagen – auch wenn das zu Lasten der Mieter geht. Die Stadt verliert dabei einen Großteil ihrer Einflussmöglichkeiten, um die soziale Daseinsfürsorge zu gewährleisten.

Bürgerinnen und Bürger in ganz Heidelberg können davon betroffen sein. Denn diese geplante Umwandlung von städtischen Wohnungen in Spekulationsobjekte hat eine Größenordnung, die den Wohnungsmarkt in ganz Heidelberg negativ beeinflussen kann. Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen weiß niemand, welche Wohnungen als nächstes bei diesem „Privatisierungswahn“ an der Reihe sind.

Um den Wohnungsverkauf zu verhindern, hat sich unter maßgeblicher Beteiligung der Linken ein breites Bündnis gebildet, um – nach dem Vorbild Freiburgs – per Bürgerbegehren und Bürgerentscheid die Privatisierung der städtischen Wohnungen zu stoppen. Dem Bündnis gehören u.a. an: Arbeiterwohlfahrt, Attac, GEW, GAL, Die Linke, Mieterverein, SPD, Verdi, die Dekanin der Evangelischen Kirche in Heidelberg sowie die frühere Oberbürgermeisterin (1990–2006) von Heidelberg, Beate Weber. Auch alle drei Bundestagsabge-



ordneten der Linken in Baden-Württemberg haben sich dem Bürgerbegehren als Unterstützer angeschlossen. Offizielle Vertretungsberechtigte des Bürgerbegehrens sind Mia Lindemann (Verdi) und Bernd Zieger (Die Linke), als Pressesprecher fungiert Dr. Edgar Wunder (Die Linke).

Für einen Erfolg des Bürgerbegehrens müssen bis Mitte März 2008 insgesamt 10.000 gültige Unterschriften von Heidelberger Bürgerinnen und Bürgern gesammelt werden. Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Landesinfo (24.2.2008) lagen bereits über 3000 Unterschriften vor.

Edgar Wunder

Die baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE Karin Binder (Karlsruhe), Heike Hänsel (Tübingen) und Ulrich Maurer (Stuttgart) unterstützen das Bürgerbegehren gegen den Verkauf kommunaler Wohnungen in Heidelberg. Mit dem Verkauf kommunalen Eigentums der Daseinsfürsorge gingen wichtige soziale Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten verloren. Das Gegenteil ist aber notwendig so die Südwest-Abgeordneten der Linken einhellig. Am 30.1.2008 hat der Heidelberger Gemeinderat mit Stimmen von CDU, FDP, verschiedenen bürgerliche Listen und der Hälfte der GAL-Grünen der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft GGH gestattet, über 600 städtische Wohnungen im Emmertsgrund an einen privaten Investor zu verkaufen.

Seit dem 1. Februar 2008 sammelt die Bürgerinitiative „Bündnis für den Emmertsgrund“ Unterschriften, um den Verkauf städtischer Wohnungen zu verhindern. 10.000 Unterschriften – das entspricht 10 % der stimmberechtigten BürgerInnen in Heidelberg – sind vonnöten, um einen Volksentscheid über die Privatisierung herbeizuführen. DIE LINKE vor Ort, die Linksjugend [solid] und der Studierendenverband DIE LINKE.SDS unterstützen dieses Anliegen und beteiligen sich an der lokalen Bürgerinitiative.

Heilbronn als Vorbild für Karlsruhe

Linke fordert gebührenfreie Kindergärten

Die Linke, im Karlsruher Gemeinderat durch Niko Fostiropoulos vertreten, fordert die Einführung gebührenfreier Kindergärten auch in Karlsruhe. Es sei „eine Frage des politischen Willens, nicht des Geldes, in Karlsruhe gebührenfreie Kindergärten anzubieten“, so Fostiropoulos in einer Mitteilung an die Medien. Mit zwei Anfragen wolle er den Weg dafür ebnen.



Fostiropoulos fragt zum einen nach der Bereitschaft der Stadt Karlsruhe, dem Beispiel Heilbronn zu folgen. Dort hat der Gemeinderat 2007 für die Jahre 2008 und 2009 die generelle Gebührenfreiheit für Kindergärten und entsprechende Einrichtungen für Kinder ab drei Jahren beschlossen.

Anhebung der Grundsteuer B zur Finanzierung

Gleichzeitig wurde die Stadtverwaltung beauftragt, sich „über den Städtetag bei Land und Bund für eine finanzielle Beteiligung an den Einnahmeausfällen und der generellen Gebührenfreiheit der Kindergärten und Kindertagesstätten einzusetzen“. Die Freien Träger Heilbronner Kindertageseinrichtungen und Kindergärten erhalten einen vollen finanziellen Ausgleich „soweit sie sich der Gebührenfreiheit anschließen“.

Auf das Argument hin, in Karlsruhe sei kein Geld dafür da, will Fostiropoulos vorsorglich von der Stadtverwaltung wissen, wie viel Mehreinnahmen die Stadt hätte, würde sie die Grundsteuer B (für bebaute oder bebaubare Grundstücke und Gebäude) auf den Landesdurchschnitt der Stadtkreise anheben. „Karlsruhe ist im Land weit hinten bei

der Grundsteuer B. Da ist noch Luft nach oben drin, ohne soziale Härten zu erzeugen", meint Fostiropoulos. „Vor einigen Tagen hatten wir die Mehreinnahmen der öffentlichen Hand aus der besseren Konjunktur in den Medien. Die laufen auch in Karlsruhe auf.“

Gleiche Bedingungen für alle

Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder müssten kostenlos sein, um von Anfang an gleiche Bedingungen zu gewähren. „Die meisten Nationen, die in der Bildung vor Deutschland liegen, machen das schon so“, schließt Fostiropoulos die Stellungnahme zu seinen beiden Anfragen zum Thema Gebührenfreie Kindergärten in Karlsruhe ab.

Tübingen: Ökostrom als Ablassbrief

Für 0,05 Cent kann jedes Kilowatt Atom- oder Kohle-Strom in Ökostrom umetikettiert werden, über RECS-Zertifikate. Die Stadtwerke Tübingen sagen, sie ließen sich nicht von RECS zertifizieren, sondern vom TÜV-Süd. Der TÜV-Süd schreibt dazu auf seiner Homepage: „TÜV SÜD arbeitet aktiv im europäischen RECS-System mit... Wir sind Ihr kompetenter Ansprechpartner für all die Fälle, in denen Sie als Erzeuger von handelbaren RECS-Zertifikaten auftreten wollen.“

Für 0,05 Cent eingekauft wird der RECS / TÜV-Süd zertifizierte Strom für das Zwanzigfache den gasgeführten Tübingern als Mogelgreen-Tarif verkauft. Ein Bochumer Ökologe schreibt zum gleichgelagerten Zertifikatsschwindel der dortigen Stadtwerke, die allerdings wie in Rottenburg und anders als die rotzfrechen Kollegen in Tübingen keinen 1900-prozentigen Aufschlag verlangen: „Zugespißt gesagt bleibt es vorerst dabei, dass Ökostromkunden keine realwirtschaftliche Nachfrage bewirken; sie tragen ebenfalls nicht wirklich zur Einsparung von CO2 bei. Was die Kunden für einen minimalen Aufpreis kaufen, ist eine Form des Ablassbriefs – ein bloßes Papier, das ihnen ein reineres Gewissen zusichert.“

Zum Ökoschwindel gesellen sich bei den Tübinger Stadtwerken überhöhte Preise. Ein Single-Haushalt (2500 kwh) zahlt hier 25 % (105 Euro) mehr als z.B. bei „Bonus-Strom“. Eine Familie mit Kindern (4000 kwh), zahlt 110 Euro oder 16 Prozent mehr.

Anton Brenner, Tübinger Stadtrat der LINKEN

Mogelgreen

Die Stromkonzerne versuchen mit der Mogelpackung Ökostrom das Strom-einspeisegesetz zu ersetzen oder auszuhöheln. Und wer vor Ort die Ökostromkampagne nachplappert, fällt den

Erzeugern von alternativem Strom in den Rücken. Zertifikatehandel für Erneuerbare Energien öffnet Ökostromschwindel Tür und Tor

Das Thema Etikettenschwindel mit Ökostrom zieht weitere Kreise und wird noch eine Weile aktuell bleiben. Nach dem Willen der EU-Kommission soll die Umetikettierung des Stroms jetzt auch europaweit eingeführt werden, wie die untenstehende Presseinfo des BEE zeigt. Da hilft nur weiter Aufklärung und Information, damit das Thema in der Öffentlichkeit bleibt.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) kritisiert die vermeintlichen Ökostromangebote einiger deutscher Energieversorger. Grundlage für den Schwindel sei der Handel mit so genannten Ökostromzertifikaten, die nach dem Willen der EU-Kommission jetzt auch europaweit eingeführt werden sollen. BEE-Präsident Johannes Lackmann: „Hier werden Stromkunden hinter Licht geführt. Längst nicht überall wo Ökostrom drauf steht, ist Ökostrom drin.“ Die Kunden fordert Lackmann auf, nur mit Anbietern Verträge zu schließen, die nachweisen können, dass deren Einnahmen tatsächlich für den Bau neuer Wind-, Wasser- oder Bioenergiekraftwerke eingesetzt werden. Dies sei beispielsweise bei allen Unternehmen der Fall, die das von den Umweltverbänden ausgestellte „GrünerStromLabel“ aufweisen.

Stuttgarter Zeitung Nr. 41

KREIS LUDWIGSBURG

DIE LINKEN: AUF STIMMENFANG IM KREIS LUDWIGSBURG

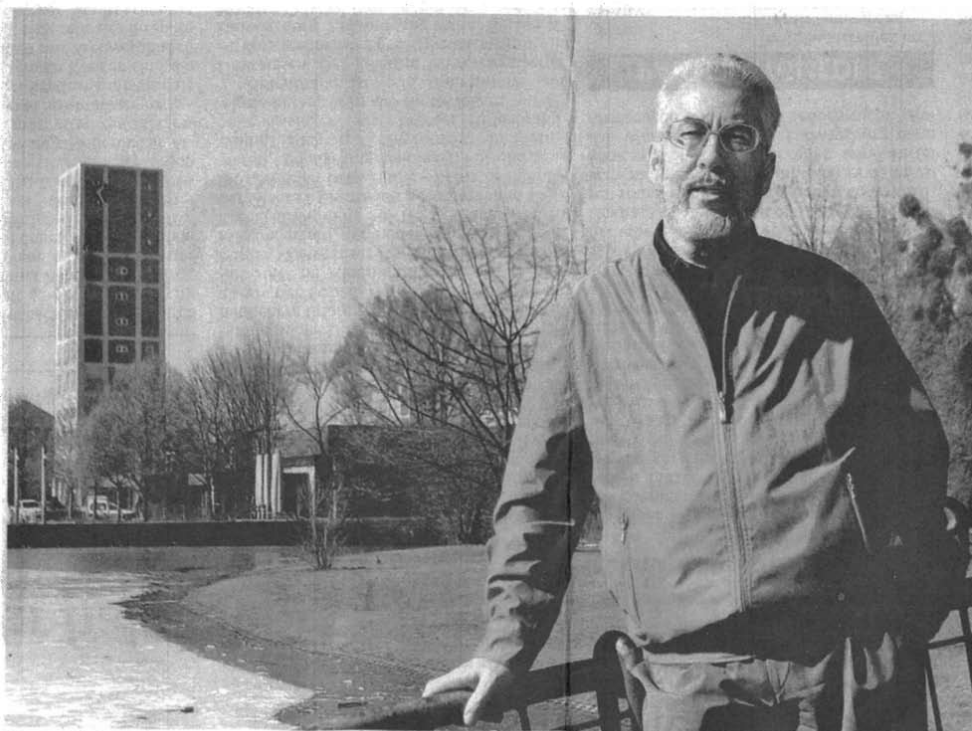
Die Linken wollen Fuß fassen

Inhalte zählen

Von Holger Gayer 18.2.08

Die Wahlerfolge in Hessen und Niedersachsen haben gezeigt, dass die Linken im Westen der Republik angekommen sind. Das Parteienspektrum hat sich erweitert, und es gibt nicht wenige, die vermuten, dass dies auch so bleiben wird. Da tun sich Parallelen auf zum Werdegang der Grünen, die es geschafft haben, ihre Umweltpolitik vom Bundestag bis hin zu den Gemeinderäten zu verankern, und deswegen aus der politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken sind.

Da ist es nur logisch, dass auch die Linken versuchen, in der Kommunalpolitik Fuß zu fassen. Doch im Gegensatz zu den Grünen haben sie bisher jenseits ihrer bundespolitischen Themen wie Arbeitslosigkeit und Mindestlohn nichts zu bieten. Dies zu zeigen, erfordert allerdings eine inhaltliche Auseinandersetzung. Den etablierten Parteien wird es aber kaum gelingen, den Erfolg der Linken durch ständige Hinweise auf deren DDR-Vergangenheit zu bremsen. Das mag in den neuen Bundesländern und bei so zweifelhaften Figuren wie dem früheren PDS-Ehrenvorsitzenden Hans Modrow noch angehen. Im Westen sind es aber eher enttäuschte Sozialdemokraten wie Werner Hillenbrand, die sich den Linken zugewandt haben. Das sind Politiker, die zwar links außen stehen, aber deswegen nicht die Demokratie an sich in Frage stellen. Daher sind auch Vergleiche mit den Nazis, wie sie der CDU-Landtagsabgeordnete Manfred Hollenbach zieht, absolut kontraproduktiv. Mit solchen Holzhammermethoden wird man den Linken eher weitere Wähler zuspielen.



Werner Hillenbrand ist Schatzmeister der Linken im Kreis. Als Landtagskandidat hat er vor zwei Jahren 3,14 Prozent geholt.

Foto factum/Archiv

Stuttgart: Oberbürgermeister brüskiert Jugendräte

Am Montag, 25.2., bei der Begrüßung der neu gewählten Jugendratsmitglieder, lobte Stuttgarts OB das demokratische Engagement der jungen Leute. Drei Tage später, am Donnerstag, 28.2., ließ er sie mit einem ihrer wichtigsten Anliegen abblitzen: „Keine Freitickets möglich!“ antwortete Dr. Schuster (CDU) auf die Forderung „Freie Fahrt für Schülergruppen!“ Am Beginn der Stadtratssitzung am 28.2. überreichten Mitglieder des Jugendrates und Kinder und Betreuerinnen des städtischen Hortes in der Helfergasse in Stuttgart-Bad Cannstatt sowie Schüler und Lehrer mehr als 5.300 Unterschriften für dieses Ziel.



Die Forderung besteht schon seit langem. Beim Weltkindertag 2006 wurde sie erhoben, die städtische Kinderbeauftragte antwortete aber nicht. Erneut wurde die Forderung in der Stuttgarter Jugendkonferenz 2007

gestellt. Es geht um organisatorische Probleme und um die Sicherstellung der Teilnahme aller Kinder an gemeinsamen Aktivitäten. Von der Helfergasse z.B. fährt mindestens einmal pro Woche eine Kita- oder Hortgruppe mit der U-Bahn oder dem Bus zu einem Spiel- oder Sportplatz, einem Museum oder einer kulturellen Veranstaltung – in den Ferien noch viel häufiger. Die Kinder haben gar keine oder ganz unterschiedliche Fahrkarten. Sie müssen unterschiedlich bezahlen und bringen den Erzieherinnen Kleingeld oder Scheine oder haben das Geld vergessen. „Welches ist der richtige Tarif, wie viele Zonen muss ich für welches Kind abstempeln, ist eine Tageskarte günstiger oder doch ein Gruppenticket? Man hat jedes Mal einen riesigen Aufwand, während die Kinder auf dem Bahnsteig rumtoben und die richtige Linie dann vielleicht grade wegfährt. Wenn ein Kind nicht bezahlen kann, muss das Geld auch irgendwo her kommen.“ So berichtet eine Erzieherin.

Im Frühjahr 2007 hatten sich die Jugendräte an die Fraktionen (CDU, SPD, Grüne, FW und FDP) gewandt, und die CDU hatte beim OB angefragt, die Auswirkungen der Forderung nach freier Fahrt beim Verkehrsverbund VVS zu prüfen. Der OB bestätigte in seiner Antwort die Probleme: Im VVS werden die

Beförderungskosten nur von der Wohnung bis zur nächstgelegenen Schule bezuschusst. Wenn Stuttgart die Sperrzeit für das School Abo für den Vormittag bis 12 Uhr aufheben würde, würden die Landeszuschüsse gekürzt. Als Lösung empfahl der OB für die notwendigen zusätzlichen Tarifzonen für Fahrten ins Schwimmbad oder in eine Turnhalle einen Verbundpass-Bestellschein. Die Schwierigkeiten für Kinder und Erzieher sind aber dann immer noch die gleichen wie oben beschrieben.

Bei den Haushaltsberatungen im Oktober 2007 stellte DIE LINKE. unter dem Titel „Soziale Belange im öffentlichen Nahverkehr sicherstellen“ u.a. den Antrag, „kostenlose Fahrt von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen im Rahmen des Bildungsauftrags zu Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen und zu Unterrichtseinheiten außerhalb des Schulgeländes, ebenso für Ausflüge, Spiel und Erholungsangebote“. Der Antrag wurde in der ersten und zweiten Lesung abgelehnt. Die Begründung der Fraktionen war, das sei nicht nötig, weil – so die SPD z.B. – die Schüler das School Abo hätten und es kostete die SSB Geld. Tatsache ist, dass nicht alle Kinder das School Abo haben und dieses eben nur zwischen Schule und Wohnung gilt. (s.o.) Dass die SSB zu wenig Geld haben, liegt daran, dass die Stadt auf einen Null-Euro-Zuschuss für den öffentlichen Verkehr hinsteuert. Es wird angestrebt, alle Kosten aus den Fahrpreisen zu decken, weshalb die auch regelmäßig steigen.

Für die dritte Lesung des Stadthaushalts beantragte Ulrike Küstler „Freie Fahrt für Schülergruppen“ und schlug vor, den Umsetzungsvorschlag des Jugendrats zu übernehmen, „den Betreuungseinrichtungen und Schulen in Stuttgart für jedes Kalenderjahr eine Bescheinigung auszustellen, die sie zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV zu schulischen bzw. Bildungs- und Betreuungszwecken berechtigt“. Wieder wurde der Antrag abgelehnt. Es macht den Eindruck, dass die „kinderfreundliche Stadt“ für den OB und die Fraktionen nur dort interessant ist, wo es medienwirksam und in Hochglanzbroschüren wertbar ist.

Nachdem nun die neu gewählten Jugendräte und Vertreterinnen der Kitas die Forderung nach freier Fahrt für Schülergruppen erneut bekräftigten und die 5.300 Unterschriften überreichten, hat der OB den Schwarzen Peter. Er will „prüfen“, war erneut seine Antwort.

Ulrike Küstler, Stadträtin Die Linke – offene Liste im Rathaus

Linke Liste Mannheim zur Wahl des Dezernats für Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Kultur

CDU-Kandidat gänzlich ungeeignet

Am 22. Januar hat der Mannheimer Gemeinderat einen neuen Bürgermeister für das Dezernat für „Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Kultur“ zu wählen. Die CDU macht von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch und hat den CDU-Kommunalpolitiker Michael Grötsch aus Dresden nominiert. Dort war er von 1997 bis Anfang 2007 Fraktionsvorsitzender. Bei der Bundestagswahl 2005 scheiterte er mit dem Versuch, als Direktkandidat in den Bundestag einzuziehen.

Herr Grötsch hat maßgeblich den vollständigen Verkauf der vormals städtischen Wohnungsbaugesellschaft WOBA im Werte von 1,7 Milliarden Euro an die US-Investmentgruppe Fortress betrieben. Sein Name steht auch im Zusammenhang mit der geplanten Privatisierung von städtischen Krankenhäusern.

Herr Grötsch ist immer noch Mitglied im Verwaltungsrat der Sächsischen Landesbank, die auf Grund von Fehlspekulationen nur deshalb nicht in Konkurs gegangen ist, weil sie von der baden-württembergischen Landesbank aufgekauft worden ist.

Außerdem steht Herr Grötsch an der Spitze für den Bau der umstrittenen Waldschlösschen-Brücke. Mit dem Bau dieser Autobrücke droht den Elbauen der Verlust der Anerkennung als UNESCO-Weltkulturerbe.

Wir fragen uns, ob ein Mann mit einer solch langen Liste von Negativleistungen den Bürgern als Bürgermeister in unserer Stadt vor die Nase gesetzt werden sollte. In Mannheim gilt die Privatisierung städtischer Leistungen als Verscherbeln städtischen Tafelsilbers bisher zu Recht als politisch nicht vertretbar. Mit Grötsch wird uns ein Kandidat präsentiert, der genau dies auf seiner Website der CDU-Fraktion als politisches Ziel reklamiert.

Wir fragen uns: Soll die Mannheimer Bürgerschaft wirklich dafür herhalten müssen, dass ein außerhalb Mannheims gescheiterter Politiker wieder in einen so wichtigen Posten gehievt wird? Wir meinen, das hat Mannheim und seine Bürger nicht verdient. Unsere Stadträtin, Frau Gudrun Kuch, wird deshalb keinesfalls einer Wahl von Michael Grötsch zustimmen.

Pressemitteilung, 18. Januar 2008, Linke Liste Mannheim

Nachtrag: Auf der Gemeinderatssitzung am 22. Januar 2008 ist erwartungsgemäß Herr Grötsch als Bürgermeister inthronisiert worden – hauptsächlich mit den Stimmen von CDU und SPD.

Dieser Textentwurf wurde vom Landesvorstand und vom Landesausschuss als Diskussionsgrundlage verabschiedet; Stand 24.1.2008. Derzeit wird das Papier weiter diskutiert in Arbeitsgemeinschaften, in den Kreisverbänden und auf regionalen Mitgliederversammlungen.

Zu den Themenbereichen Behindertenpolitik, Kommunalfinanzen, ÖPNV, Frauen, Jugend, Gesundheit, Ballungsräume-Arbeitswelt sind Ergänzungen oder Änderungswünsche angemeldet. Bitte kurze Textvorschläge beim Landesbüro schriftlich einreichen, damit das Papier bis Anfang Mai redaktionell fertig gestellt werden kann.

Soziale Kommunen – Städte und Gemeinden gehören allen!

Programmatische Eckpunkte zur Kommunalwahl 2009

DIE LINKE. Baden-Württemberg

Präambel

Linke Kommunalpolitik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wir treten ein für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und wollen für die EinwohnerInnen eine Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort. Die Kommunen müssen über die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge bestimmen können. Kommunale Entscheidungen dürfen nicht an Beraterfirmen und wirtschaftliches Handeln nicht an die private Wirtschaft delegiert werden. Die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung kann nur verwirklicht werden, wenn die Kommunen selbst wirtschaftlich tätig sind und die öffentlichen Bereiche ausgebaut werden.

Der Wirkungskreis der Städte und Gemeinden ist universell. Das sagt die Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg, was heißt: alle Probleme der Einwohner sollen in den Kommunen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen werden können. Die Realität sieht anders aus. Die Kommunen sind in den letzten Jahren zu Instrumenten des Sozialabbaus und der Ausweitung des Niedriglohnsektors geworden. Die finanziellen Spielräume der kommunalen Haushalte wurden ausgedünnt. Öffentliche Bereiche wie Energieversorgung, Abfallwirtschaft, öffentlicher Verkehr, Altenpflege und Gesundheitsversorgung werden zunehmend privatisiert und der Kapitalverwertung unterworfen. DIE LINKE. ist Teil des Widerstandes gegen diese neoliberale Politik und als einzige Bundestagspartei kämpft sie gegen die Agenda 2010 und deren Fortsetzung, des größten Sozialabbauprogramms für Erwerbslose und abhängig Beschäftigte in der Geschichte der Bundesrepublik.

Das Leben der Menschen in den Städten und Gemeinden ist in mehrerer Hinsicht durch die Politik eines ungezügelter Kapitalismus der vergangenen Jahre geprägt worden. Die

zunehmende soziale Spaltung in Reiche und Arme, in „Besser Verdienende“ und Menschen, die dem Niedriglohnsektor angehören oder erwerbslos sind, Migranten/innen, deren Kinderreichtum nicht erwünscht ist, Alleinerziehende und kinderlose Angehörige der Mittelschicht verändert nicht nur das äußere Bild der Kommunen. So genannte soziale Brennpunkte nehmen zu. Die sozialen Unterschiede sind in den Schulen und Kindertageseinrichtungen spür- und sichtbar. Die andere Seite der gleichen Medaille ist die Zunahme privater Schulen, Kindertageseinrichtungen und der Zuschnitt von Einkaufs- und Kommerzangebote für die Schichten in den höheren Einkommensbereichen. Durch ein hochwertiges und attraktives Wohnangebot sollen diese gehalten und angebunden werden. Kommunalpolitik hat nach Auffassung der Linken in Baden-Württemberg jedoch die Aufgabe, für sozialen Ausgleich und die Förderung der benachteiligten Menschen zu sorgen. Der Tendenz der sozialen und kulturellen Ausgrenzung ist eine Politik der sozialen Integration und der Beteiligung Aller am öffentlichen Leben entgegen zu setzen.

Aber Politik in den Kommunen findet seit Jahren unter anderen Vorzeichen statt. Von der unternehmerischen Stadt ist die Rede. Kommunen sind einem verschärften Standort- und Konkurrenzkampf ausgesetzt. Ein zentrales Ziel unternehmerischer Kommunalpolitik ist es, privates Kapital durch die Verbesserung von harten und weichen Standortfaktoren zu binden oder anzuziehen. Viele Bürgermeister größerer und mittlerer Städte reden vom „Konzern Stadt“. Befördert von den IHK's, Arbeitgeberverbänden und der Bertelsmannstiftung werden in die Verwaltungen neue Steuerungsinstrumente eingezogen, die dem privaten Sektor entlehnt sind. Die Orientierung der Verwaltung und der Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge auf Markt und Wettbewerb gehört dabei zum Kernpunkt dieser Philosophie.

DIE LINKE. tritt an zu den Kommunalwahlen

DIE LINKE. in Baden-Württemberg lehnt neoliberale Orientierungen in der Kommunalpolitik ab. Die Kriterien von Gewinnmaximierung, Wettbewerb und Markt-Orientierung haben im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch bei deren Verwaltung und Steuerung nichts verloren. Leitbild der Linken für die Kommunalpolitik ist die gleichberechtigte soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe aller Einwohner/innen und das bewusste Gegensteuern der durch Markt und Wettbewerb erzeugten sozialen Spaltung und Ausgrenzung.

Damit eine Richtungsänderung in der Kommunalpolitik im Interesse der meisten Menschen in Baden-Württemberg möglich wird, wollen wir in vielen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg zur Kommunalwahl 2009 antreten. DIE LINKE. beschränkt ihr kommunalpolitisches Engagement nicht auf die Erringung von Sitzen in den Kommunalparlamenten. Vielmehr unterstützt DIE LINKE. vor Ort die Initiativen der Menschen in Vereinen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Beschäftigten in den öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen, Arbeitsloseninitiativen, Umweltgruppen und vielen anderen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Kommunen in Baden-Württemberg.

Selbstverwaltung der Kommunen stärken

Die steuerliche Entlastung der privaten Unternehmen und der großen Einkommen stand im Zentrum der Steuerpolitik aller Bundesregierungen der letzten 20 Jahre. Die privaten Gewinne stiegen. Die Kommunen wurden in die Verschuldung getrieben, ihre finanziellen Spielräume wurden drastisch eingeschränkt.

Der Privatisierungsdruck auf Städte und Gemeinden erhöhte sich. Bei kommunalen Leistungen fand ein Kahlschlag statt und öffentliche Einrichtungen wurden geschlossen. Unsoziale Gebührenerhöhungen runden dieses Programm ab. Die Schließung von Schwimmbädern, Jugendzentren, Sparmaßnahmen bei Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen, geringere Zuschüsse für Vereine, u.v.a.m. hängen unmittelbar mit dieser auf die Gewinnmaximierung der Unternehmen ausgerichteten Steuerpolitik zusammen. Dazu kommt, dass Bundes- und Landesregierungen große Teile der Kosten für die sozialen Folgen ihrer Politik auf die Kommunen abwälzen. Viele Gemeinderäte, insbesondere aus den bürgerlichen Parteien, aber auch Grüne und Sozialdemokraten, machen aus der Not eine Tugend und vertreten die Position, dass Private es ohnehin besser und billiger machen. Die Finanzprobleme der Kommunen werden durch das Verscherbeln des Tafelsilbers maximal aufgeschoben, aber nicht gelöst. Deshalb lehnt DIE LINKE. diese Politik grundsätzlich ab und verfolgt einen völlig anderen Ansatz. Die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentlichen Dienstleistungen müssen sich den Bedürfnissen der Einwohner/innen orientieren. Für die Privatwirtschaft geltende Effizienzkriterien und Wirtschaftlichkeitsberechnungen sind hier völlig fehl am Platz. Gleichzeitig lehnt DIE LINKE. die mit Privatisierungen immer verbundene Entdemokratisierung ab. Gewählte Stadt- und Kreisräte müssen ihre Kontrollaufgaben in öffentlichen Einrichtungen wahrnehmen können und dürfen in Aufsichtsräten nicht zu Geheimräten gemacht werden.

Reform der Kommunalfinanzierung Umverteilung von unten nach oben beenden!

DIE LINKE. will eine Reform der Kommunalfinanzierung, damit die Gestaltungsspielräume für Städte und Gemeinden wieder hergestellt wird und Entschuldung betrieben werden kann. Die Kommunen brauchen einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen, um ihre Aufgaben zu bewältigen und nicht tiefer in die Verschuldungsspirale getrieben zu werden. Mit der Gewerbesteuer und der Grundsteuer haben die Kommunen nur wenig Möglichkeiten, ihre Einnahmen selbst zu steuern. Sie müssen stärker beteiligt werden an der gesellschaftlichen Wertschöpfung, wie das in den skandinavischen Ländern der Fall ist. Die Kommunen dürfen nicht auf ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben beschränkt werden, sondern brauchen finanzielle Spielräume für investive und soziale Aufgaben. Für Mensen an Schulen, für Schulbauten, für angemessene Unterkunftskosten bei Hartz IV, für Kinderbetreuung, Jugend- und Schulsozialarbeit fehlt derzeit massiv Geld. Auch für kommunale Wirtschaftsförderung und die Erschließung neuer sozialer und ökologischer Geschäftsfelder müssen die finanziellen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Die steuerliche Begünstigung von Reichen und die Benachteiligung der Menschen mit geringen Einkommen muss beendet werden. DIE LINKE. fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für große Vermögen und eine höhere Besteuerung der Spitzeneinkommen sowie großer Erbschaften über 150 000 Euro. Vermögenssteuer und mehr Erbschaftssteuer kämen den Ländern zugute und könnten für kommunale Investitionen eingesetzt werden.

Mehr öffentlich geförderte Beschäftigung – Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen

Bei der Bewältigung gemeinnütziger Aufgaben und beim Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors braucht es Investitionen in Non-Profit-Bereiche, nicht die Delegation an profitorientierte privatwirtschaftliche Anbieter. Die Städte und Gemeinden schaden sich selbst, wenn sie den Vorreiter spielen bei der Einrichtung von Ein-Euro-Jobs und Ausweitung des Niedriglohnsektors. Sie schaffen damit mehr

Armut und müssen dann die sozialen Folgekosten tragen. Mit einer angemessenen Besteuerung der großen Vermögen und Einkommen muss die Umverteilung von unten nach oben gestoppt werden und zu Gunsten sozialer Kommunen umgeleitet werden.

Statt einen zerstörerischen Standortwettbewerb im Interesse von Großinvestoren zu finanzieren, müssen sich die Städte und Gemeinden auf eine Stärkung „weicher“ Standortfaktoren orientieren: gesunde Umwelt, wohnortnahe Bildungsangebote, gute Kinderbetreuung, preisgünstiger öffentlicher Nahverkehr. Öffentliche Aufträge dürfen nicht an Firmen vergeben werden, die Lohndumping betreiben und sich weigern, Tariflöhne zu zahlen. Die Kommunen müssen zu einem Motor werden gegen Niedriglöhne, von denen die Menschen nicht leben können.

Regionale Wirtschaftsabläufe stärken bedeutet die Bevorzugung regionaler Anbieter bei öffentlichen Aufträgen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Kampf gegen Armut und Kinderarmut

Der Kampf gegen Armut und Kinderarmut ist einer der wichtigsten Programmpunkte der Linken. Arme Kinder leben in armen Familien. Die u.a. durch Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Arbeit und Lohndumping wachsende Armut und Kinderarmut ist in den Städten und Gemeinden deutlich spürbar. So erhalten 1,2 Millionen Beschäftigte ergänzendes Arbeitslosengeld II, weil ihr Einkommen nicht zum Leben reicht. 3 Millionen Minderjährige gelten als einkommensarm. In Mannheim z.B. fällt jedes 4. Kind unter die Armutsgrenze. 148 000 Kinder in Baden-Württemberg wachsen in Armut heran. Längst sind jedoch die sog. Problemregionen, in denen die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg besonders groß ist lediglich als Indiz für die um sich greifende Armut zu deuten. In der im bundesweiten Vergleich außerordentlich reichen Landeshauptstadt Stuttgart wird der Graben zwischen Wohlstandsgebieten und sog. sozialen Brennpunkten tiefer. Die Zahl der Eltern, die ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen können wächst, meldete kürzlich die Diakonie.

DIE LINKE. will Teilhabe Aller statt Almosen. Als Sofortmaßnahmen gegen Armut und Kinderarmut fordert DIE LINKE. in den Städten und Gemeinden:

- Die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (Bäder, Büchereien, Museen, usw.) und die kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht.
- Kinder erwerbsloser oder armer Eltern müssen ein kostenloses Starterset für die Ersteinschulung erhalten.
- Ein kostenloses Mittagessen in den Schulen und Tageseinrichtungen muss für alle Kinder und Jugendlichen selbstverständlich sein.
- Die medizinische Betreuung und Versorgung muss deutlich verbessert werden.
- Die Forderung nach gebührenfreiem Besuch des Kindergartens hilft insbesondere ärmeren Familien.
- Weitere Forderungen (Wohnen, Energie, usw.)

Ausbau von Kindertageseinrichtungen und kostenloser Kindergartenbesuch

Trotz oder gerade wegen Kinderland Baden-Württemberg gibt es nach wie vor eine gravierende Unterversorgung bei den Kindertageseinrichtungen. DIE LINKE. fordert den zügigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen und deren qualitative Verbesserung. Deshalb fordern wir als ersten Schwerpunkt:

- Kostenlose Krippenplätze für die Entwicklung der Kinder

- und die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie
- Kostenlose Kindergärten mit qualifizierter Förderung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen
- Öffnungszeiten der Kindergärten, die die Vereinbarkeit von Arbeit und Kind ermöglichen
- Begrenzung der Gruppengrößen auf maximal 21 Kinder bei Einsatz von zwei qualifizierten Fachkräften, um individuell auf Kinder eingehen zu können. Ziel sind die EU-Standards, die eine maximale Gruppengröße von 15 und einen Schlüssel Erzieherinnen-Kinder von 1:8 vorsehen.
- Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab. Die Ausbildung und die Bezahlung von Erzieherinnen müssen angehoben, die Fortbildung verbessert werden.

Einzelne Städte und Gemeinden wie Heilbronn zeigen, dass der kostenlose Kindergartenplatz flächendeckend möglich ist.

Grundsätzlich halten wir den zwischen den Kommunen und dem Land ausgehandelten Kompromiss zur Finanzierung der Kindertagesstätten für unzureichend. Nötig ist die Verdoppelung der Zuschüsse des Landes für die Kommunen.

Bessere Schulausstattung und fachliche Betreuung in Ganztageschulen

DIE LINKE. steht für ein völlig anderes Bildungskonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Kein einziges Kind und kein Jugendlicher darf im Bildungssystem hängen bleiben. DIE LINKE. will das dreigliedrige Schulsystem ersetzen durch integrative Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse. Dafür gibt es Initiativen für Pilotprojekte. Dafür braucht es eine völlig veränderte Landespolitik. Kommunalpolitisch stehen wir für mehr Jugendsozialarbeit und bessere Jugend- und Sozialeinrichtungen. Aufgrund der Unterfinanzierung der Kommunen gibt es in den Baden-Württembergischen Schulen einen milliarden schweren Investitionsstau. Toiletten, die seit 20 Jahren nicht mehr renoviert wurden, Klassenzimmer, in denen die Farbe von den Wänden blättert und Schulhöfe wie Betonwüsten sind den Kindern in unseren Städten und Gemeinden nicht zu zumuten. Genauso wenig, wie das Fehlen oder die Minderausstattung mit naturwissenschaftlichen Räumen, Computern, Schulsekretär/innen und Schulsozialarbeiter/innen. Das von der Landesregierung forcierte Projekt ehrenamtlicher Schulbegleiter/innen lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir die Betreuung der Schüler/innen durch fachlich ausgebildetes Personal in Ganztageschulen. Kostenloses in öffentlichen Küchen gekochtes Essen muss zum Standard jeder Schule gehören.

Gemeinsam mit Elterninitiativen, Schülern und Lehrern engagieren wir uns für kleinere Klassen, für mehr Lehrstellen und für die Einhaltung der Lernmittelfreiheit in den Schulen.

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen – Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche

DIE LINKE. steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE. grundsätzlich ab. Bereits privatisierte Bereiche müssen rekommunalisiert werden. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, Öffentlicher Personennahverkehr, Wasserversorgung und Entsorgung, die Erhaltung und Pflege öffentlicher Anlagen, Gärten und Parks, u.v.a.m. sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Die Mehrheit der Menschen profitiert vom Erhalt und Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Sie dürfen weder privatisiert noch den Gesetzen von Markt und Wettbewerb unter-

geordnet werden. Die Ausrichtung an Effizienzkriterien der privaten Wirtschaft führt zur Verschlechterung der Arbeits- und Bezahlungsbedingungen und des Services. Außerdem lehnen wir es ab, dass an die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Alten und Kranken Effizienzkriterien angewendet werden, wie es in der privaten Wirtschaft üblich ist.

Die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind kein Wettbewerbsfaktor und dürfen auch nicht dem Wettbewerb gegenüber privaten Anbietern ausgesetzt werden. Vielmehr geht es um die umfassende Versorgung der Bevölkerung, unabhängig von der persönlichen Leistungskraft oder dem Einkommen der Einwohner/innen. Die öffentlichen Einrichtungen haben nach Auffassung der Linken die Aufgabe durch Herkunft verursachte Nachteile auszugleichen. Das gilt insbesondere für die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, aber auch für sportliche und kulturelle Betätigung sowie die Mobilität in der Stadt bzw. Region.

Die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Dienstleistungen sind überwiegend durch Steuergelder finanziert. Sie sind Eigentum der Einwohner/innen und müssen demokratisch kontrolliert und gestaltet werden. Das umfasst sowohl die demokratische Kontrolle und politische Entscheidungsmöglichkeit durch die gewählten Gemeinde- und Kreisräte, als auch durch direkte Demokratie in Form von Bürgerentscheiden und Bürgerbegehren. Deshalb lehnt DIE LINKE. auch die Umwandlung öffentlicher Einrichtungen in private Rechtsgesellschaften wie GmbH's oder auch gemeinnützige GmbH's ab. Sie sind meist die Vorstufe von Privatisierung, Tariffucht und Kontrollflucht. Gewählte Gemeinderäte sind durch die Einwohner/innen demokratisch kontrollierbar, Aufsichtsräte und Geschäftsleitungen kaum.

Auch die zunehmende Beteiligung von privaten Investoren an öffentlichen Projekten (PPP Public-Private-Partnership) lehnen wir ab. Private Investoren wollen Gewinne für ihr eingesetztes Kapital erzielen. Langfristig wird das für die Kommunen teurer, einmal davon abgesehen, dass i.d.R. die öffentliche Kontrolle verloren geht. Studien aus England beweisen, welche verheerende Folgen PPP-Projekte für die öffentliche Hand nach sich ziehen.

Stadtwerke müssen öffentlich bleiben und die Energieversorgungsunternehmen müssen rekommunalisiert werden

Die Versorgung der Bevölkerung mit Energie ist eine öffentliche Aufgabe. Aus ökologischen und sozialen Gründen dürfen Stadtwerke nicht privatisiert werden. Auch fordert DIE LINKE. die Rekommunalisierung der bereits privatisierten Energieversorgungsunternehmen. Die Privatisierung der EnBW war ein großer politischer Fehler der Landesregierung und der Stadt Stuttgart. Die großen Energiemonopole gleichen modernen Raubrittern, die ihre Position ausnützen, um der Bevölkerung das Geld aus den Taschen zu ziehen. Gerade ärmere Bevölkerungsschichten trifft die enorme Verteuerung der Energiekosten besonders hart. Seit 2000 sind die Strompreise für die privaten Haushalte um 50 % gestiegen. Die 4 großen Energiekonzerne erhöhten ihren Gewinn seit 2002 um 12 Mrd. Euro.

DIE LINKE. hält sowohl eine soziale Preisgestaltung als auch die ökologische Steuerung der Energieversorgung für eine dringende öffentliche Aufgabe. Energieaufwändige und umweltbelastende Produktion darf nicht auch noch durch billige Energie belohnt werden. Für den Umstieg auf regenerative Energieformen ist neben anderen Maßnahmen die öffentliche Verfügung und Steuerung der Energieversorgungsunternehmen eine wichtige Voraussetzung.

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung und bessere Altenpflege

Die durch diverse Gesundheitsreformen politisch herbeigeführte Unterfinanzierung der Krankenhäuser führt dazu, dass immer mehr Krankenhäuser, insbesondere in den Landkreisen schließen, fusionieren oder/und privatisiert werden. Die Krankenhäuser werden untereinander in einen Wettbewerb um die lukrativsten Behandlungen getrieben. DIE LINKE. steht

- für flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung
- gegen die Privatisierung der Krankenhäuser und gegen Schließung von Krankenhäusern in der Fläche
- für die notwendige Ausstattung mit fachlich qualifiziertem Personal

Die regelmäßige medizinische Untersuchung der Kinder und Jugendlichen in den Kindertageseinrichtungen und Schulen muss sicher gestellt werden (evt. Abschnitt aus dem Landtagswahlprogramm übernehmen).

In Einrichtungen der Altenpflege muss die kommunale Zuständigkeit erhalten bleiben. Die Ausstattung mit genügend Fachkräften ist in den meisten Einrichtungen nicht gewährleistet.

Alte und pflegebedürftige Menschen dürfen nicht „weggeräumt“, sondern müssen würdig behandelt werden und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

ÖPNV und sozialökologische Stadtplanung

DIE LINKE. steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und sozialen Gründen. Die durch die verfehlte Bahnpolitik verursachte Stilllegung von Nahverkehrsstrecken oder deren Einschränkung geht in die völlig falsche Richtung. Dem öffentlichen Personennahverkehr ist Vorrang vor dem Individualverkehr einzuräumen. Die Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere ärmere Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, wenn im ländlichen Bereich öffentliche Nahverkehrssysteme nur unzureichend vorhanden oder die Fahrpreise insgesamt zu teuer sind. Der Ausbau von Radwegen und Fußgängerfreundlichen Infrastrukturen gehört ebenfalls zu unserer Forderung.

Die Schülerbeförderung in den Städten und Kreisen muss kostenfrei angeboten werden.

In den Städten braucht es eine Ausweitung von Spielstraßen und die Einführung von innerstädtischen Umweltzonen, barrierefreie und seniorengerechte Zugänge. Um Flächenverbrauch und Zersiedelung zu begrenzen sind Mehrfamilienhäuser und nicht Einfamilienhäuser zu begünstigen. Innerstädtische Grünflächen, Spielplätze und Sportstätten müssen erhalten oder und bei Neubebauungen wohnortnah berücksichtigt werden.

Keine Privatisierung von Wohnungen im öffentlichen Eigentum – bezahlbare Wohnungen schaffen

Armut hat viele Gesichter und besonders schlimm ist es, wenn arme Menschen keine oder nur schwierig eine Wohnung finden. Arme Menschen in Baden-Württemberg finden nach einer Untersuchung der Wohlfahrtsverbände immer schwieriger eine Wohnung. Außerdem wohnen Menschen in Armut häufig in Wohnungen mit unterdurchschnittlicher Qualität und oft sogar in einer Gesundheit gefährdenden Umgebung. Ähnliche Probleme haben kinderreiche Familien oder Alleinerziehende. Eine der Hauptursachen dafür ist, dass sich das Land Baden-Württemberg bereits 1993 aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen hat.

DIE LINKE. lehnt die Privatisierung von Wohnungen in kommunalem Besitz ab und unterstützt Initiativen, die geplante Privatisierungsmaßnahmen verhindern. Der Erhalt öffentlichen Wohnraums und deren Ausbau ist eine wichtige Aufgabe der Kommunen, um Armut zu verhindern und

kinderreichen Familien und Alleinerziehenden bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Niemand darf wegen Hartz IV aus seiner Mietwohnung vertrieben werden. Bei den Wohnkosten sind die gestiegenen Mieten und Nebenkosten voll zu berücksichtigen. DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass auf Landes- und Bundesebene mehr Mittel für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Auch alternative Wohnformen und genossenschaftliche Projekte dürfen nicht diskriminiert sondern müssen gefördert werden.

Keine Prestige- und Großprojekte wie Stuttgart 21 oder die zusätzliche Abflug- und Landebahn am Stuttgarter Flughafen

DIE LINKE. ist keinesfalls gegen Großinvestitionen in wichtige Infrastrukturprogramme. So gibt es bei der dringend nötigen Modernisierung von Schul- und Krankenhausgebäuden, beim Ausbau des Schienenverkehrs, im ökologischen Bereiche, bei der Altenpflege, bei Bau- und der Modernisierung von Kindertageseinrichtungen u.v.a.m. einen Investitionsstau im dreistelligen Milliardenbereich. DIE LINKE. wendet sich jedoch gegen Groß- und Prestigeprojekte, deren infrastrukturellen Vorteile fraglich sind und die keinerlei sozialen Fortschritt bringen, aber Milliarden an Steuergelder verschlingen, die an anderer Stelle fehlen. Dazu gehört für uns Stuttgart 21 und der von der Geschäftsführung der Stuttgarter Flughafen GmbH geforderte Bau einer zweiten Start- und Landebahn am Stuttgarter Flughafen. Bei Stuttgart 21 wendet sich DIE LINKE. nicht gegen die sinnvolle Neubaustrecke von Wendlingen nach Ulm, die zu einer Fahrtzeitverkürzung von annähernd einer halben Stunde führt und die Attraktivität des Schienenverkehrs spürbar steigert, sondern gegen den unterirdischen Bahnhof, der gerade mal zu drei Minuten Fahrtzeitverkürzung führen würde, verbunden mit großen ökologischen Risiken. Solche Projekte, von denen sich in erster Linie (Bau)-Konzerne und Banken einen hohen Gewinn versprechen, die jedoch keinerlei ersichtlichen Gewinn an Lebensqualität für die Mehrheit der Bevölkerung mit sich bringen, lehnt DIE LINKE. ab. Im Gegenteil, die im Rahmen von Stuttgart 21 notwendigen Baumaßnahmen werden die Lebensqualität vieler StuttgarterInnen über viele Jahre hin erheblich verschlechtern.

DIE LINKE. unterstützt den Widerstand der Menschen auf den Stuttgarter Fildern gegen den Bau einer 2. Start- und Landebahn. Der Ausbau des Flugverkehrs (insbesondere durch Billigflieger) ist verkehrspolitisch der falsche Weg. Die Belastung des Klimas und der Umwelt durch den Flugverkehr ist völlig verantwortungslos. Die Lärmbelastigung und die Belastung durch Schadstoffe für die Bewohner/innen ist unzumutbar

Förderung ökologischer Politik und der Einsatz regenerativer Energie

Es kann kein Zweifel bestehen, dass auf dem Hintergrund der Klimaerwärmung und ökologischen Gefährdungen eine umfassende Energiewende sowie eine aktive Umweltpolitik in den Kommunen erforderlich ist. DIE LINKE. fordert in allen Gemeinden die Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten, für größere Städte und Landkreise die Einrichtung eines Energiereferates. Auch andere lokale Akteure, Gruppen der lokalen Agenda 21, Umweltschutzgruppen, Betreibergesellschaften von Solarprojekten, Unternehmen und interessierte, wie kompetente Privatpersonen müssen bei der Erarbeitung eines kommunalen Energie- und Umweltkonzeptes einbezogen werden. Einige Maßnahmen werden heute schon getroffen, können aber zügig ausgebaut und erweitert werden. Unsere Ziele sind:

- Zügige energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude durch Vollwärmeschutz und Modernisierung der Hei-

- zungsanlagen (KWK, Biomasse, Solarwärme u.a.)
- Investitionen der Kommunen und Kreise in erneuerbare Energie
 - Förderung der privaten Investitionen in die Erzeugung von erneuerbarer Energie, z.B. durch die Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen, Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, Gründung von kommunalen Förderfonds usw.
 - Wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten sind zu erhalten oder deren Einrichtung zu fördern (z.B. auch durch genossenschaftliche Einkaufsmöglichkeiten).
 - Sicherung der kommunalen Energieproduktion und -verteilung durch Stadtwerke in kommunalen Besitz sowie Ausgabe von Teilhabescheinen mit Stimmrecht an Bürgerinnen und Bürger
 - Ausstieg der Stromversorger mit kommunalen Besitzanteilen aus dem Vertrieb von Atomstrom, Bezug von Ökostrom in kommunalen Gebäuden
 - Die kommunalen Handlungsfelder Abfall, Flächenverbrauch, Wasser, Energieeinsatz, Mobilität, Wirtschaftsstruktur, usw. sind verstärkt nach energie- und umweltpolitischen Zielsetzungen auszurichten.
 - Der Flächenverbrauch und die Versiegelung von Flächen werden durch neue städtebauliche Wohn- und Verkehrskonzepte reduziert. Ausrichtung der Häuser nach Süden in der Raumordnungs- und Flächennutzungsplanung sowie in den Bebauungsplänen.
 - Lokale Wirtschaftskreisläufe müssen gestärkt und wohnortnahe Arbeitsplätze erhalten werden.
 - landwirtschaftliche Nutzung von kommunalen Flächen nur nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus.
 - Bei Bauten und öffentlichen Gebäuden sind verstärkt Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen einzusetzen. Die Beschaffungspolitik der Kommunen wird an energie- und umweltpolitischen Zielen ausgerichtet.

Direkte Demokratie wagen

Im Jahr 2006 verhinderte die Freiburger Bevölkerung mit einem Bürgerentscheid, dass kommunale Wohnungen im Wert von 500 Millionen Euro an private Investoren übereignet wurden. Der grüne Oberbürgermeister und die Ratsmehrheit wurden überstimmt. In Pforzheim verhinderten die Stadtbewohner einen Entscheid gegen die Privatisierung der Verkehrsbetriebe. In Stuttgart kamen Ende 2007 über 60 000 gültige Unterschriften für einen Bürgerentscheid in Sachen Stuttgart 21 – Tieferlegung des Hauptbahnhofes zusammen. Die Stuttgarter Rathausmehrheit ignorierte das und verhinderte mit einem juristischen Trick den Bürgerentscheid. Das Milliardenprestigeprojekt mitten in der Stadt sei keine kommunale Angelegenheit.

Obwohl die Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg in Artikel 20 und 21 zu allen wichtigen Gemeindeangelegenheiten Bürgerversammlungen, Bürgeranträge und Bürgerentscheide empfiehlt, gehören Formen der direkten Demokratie nur ganz selten zur politischen Alltagskultur. Im Jahr 2006 wurden im Land insgesamt nur 13 solche Abstimmungen zugelassen. Davon waren 7 Entscheide von Gemeindeparlamenten initiiert.

Eine steigende Anzahl von Bürgern hält das politische System der Bundesrepublik für nicht mehr gerecht und kann sich mit der Demokratie als Regierungsform nicht mehr positiv identifizieren. Wahlbeteiligungen nehmen weiter ab und so wächst die Gefahr, dass antidemokratische Parteien verstärkt Zulauf erhalten.

DIE LINKE. will mehr direkte Demokratie wagen und mehr ständige Mitbestimmung für die Bevölkerung.

Beteiligungshaushalte organisieren

Demokratie bedeutet, dass die Menschen aktiv in der Politik mitbestimmen können und nicht nur ihre Stimme bei Wahlen abgeben dürfen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen erleichtert werden. Insbesondere die Haushalte von Städten, Gemeinden und Kreisen sollten nicht erst dann öffentlich diskutiert werden, wenn sie in geheimen Zirkeln ausgehandelt sind. Nach dem Beispiel der brasilianischen Stadt Porto Alegre wollen wir erreichen, dass soziale Initiativen, Vereine, Stadtteilforen und Bürgerversammlungen die Gelegenheit haben, über kommunale Haushaltstitel zu diskutieren, Prioritäten zu setzen, Anträge zu stellen.

Bürgerversammlungen und Bürgerentscheide stärken

Kommunale Selbstverwaltung

In Baden-Württemberg existiert mit „Mehr Demokratie e.V.“ ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Umweltverbänden für die Erleichterung von Bürgerentscheiden auf Kommunal- und Landesebene. Wegen der hohen Hürden wurde die Initiative für ein landesweites Volksbegehren Bürgerentscheide vorerst abgebrochen. DIE LINKE. unterstützt die Aktivitäten des Bündnisses weiter und fordert generell einfachere Verfahren für Bürgerversammlungen und Bürgerentscheide.

DIE LINKE. wird auf kommunaler Ebene zu wichtigen Entscheidungen Bürgerversammlungen verlangen und Bürgerentscheide unterstützen oder ermöglichen.

DIE LINKE. will nicht den „gläsernen Menschen“ sondern eine Politik der Gläsernen Rathäuser und Landratsämter: man muss draußen sehen können, was drinnen vorgeht. Die modernen Kommunikationsmittel erlauben es, alle wichtigen Vorlagen in verständlicher Form zu veröffentlichen. Gemeinderats- und Ausschussprotokolle gehören ins Internet.

Kommunales Wahlrecht für alle

Zur kommunalen Demokratie gehört, dass alle Menschen, die hier leben, die gleichen sozialen und staatsbürgerlichen Rechte haben. Bürgerinnen und Bürger aus der Europäischen Union haben inzwischen kommunales Wahlrecht. Das ist gut. Vom Wahlrecht nach wie vor ausgeschlossen sind Menschen, die hier seit Jahren den Lebensmittelpunkt haben, arbeiten, Steuern bezahlen – aber keinen deutschen oder EU-Pass haben. Das ist undemokratisch. Das kommunale Wahlrecht muss auf Nicht-EU-Ausländer ausgeweitet werden. Es ist ein schreiender Widerspruch, dass ein Kind mit türkischer Herkunft in dritter Generation in Deutschland in der Schule lernt, was das Grundgesetz ist und was Parteien sind – und daheim lernen muss, dass Eltern und Großeltern per Gesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Immigranten ohne Wahlrecht brauchen auf kommunaler Ebene gesonderte Beiräte, die ihre Interessen gegenüber den Verwaltungen vertreten.

Integration statt Ausgrenzung

Wir fordern die Wiederherstellung einer humanen Flüchtlingspolitik und machen Druck auf die zuständigen Ämter und Regierungspräsidien, damit Härtefallregelungen und andere Spielräume ausgenutzt werden. Auch solche Flüchtlingsfamilien, die nach der neuen „Altfallregelung“ kein Bleiberecht haben, müssen vor Abschiebung geschützt werden. Mit unrechtmäßigen Abschiebungen und Abschiebeversuche werden grundlegende Menschenrechte verletzt. DIE LINKE. setzt sich ein für ein humanes Bleiberecht ein.

Auch bei der Strafverfolgung lehnen wir ein Sonderstrafrecht gegen Immigranten ab.

Wir treten dafür ein, dass in Schulen und Kindergärten alle Kinder gleiche Chancen haben und gefördert werden,

insbesondere dann, wenn sie sprachliche Schwierigkeiten haben.

Der Anteil von ausländischen Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist mit 15,9 % dreimal so hoch wie die 5,5 % der deutschen SchülerInnen. Dies schlägt sich auch bei den beruflichen Abschlüssen nieder: von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind 36 % ohne Berufsabschluss, bei deutschen Jugendlichen sind es 7,9 %. Die meisten jugendlichen Migranten leben aber in der zweiten oder dritten Generation hier. Das zeigt ein Versagen der schulischen und beruflichen Integrationspolitik.

Wir wollen, dass in Kindergärten, Schulen, Sportvereinen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen Kinder unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft zusammenkommen und nicht separiert werden. Auch um Jugendkriminalität einzudämmen brauchen wir mehr gut ausgebildete Erzieherinnen und Schulsozialarbeiter, mehr soziale Kontrolle, mehr Ausbildungsangebote, aber keine Verschärfung des Jugendstrafrechtes. Wer gemeinsam und gleichberechtigt spielt und lernt, lebt solidarischer und respektiert kulturelle Unterschiede und demokratische Regeln. So genannte Parallelgesellschaften bilden sich heraus, wenn Menschen die Teilhabe am politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben verwehrt wird. Rassistische und neofaschistische Bestrebungen haben dort einen besonderen Nährboden, wo Menschen durch die offizielle Politik diskriminiert werden.

Rassismus und Neofaschismus vor Ort bekämpfen

Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Ausländer-Raus-Parolen sind keine Meinungsäußerung, sondern eine verbrecherische Diskriminierung der Betroffenen und haben deshalb in einem demokratischen Gemeinwesen nichts verloren. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Wo neofaschistische und nationalistische Organisationen auftreten, verteidigen wir den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit und breite Bündnisse gegen Rechtsextremismus. Nazi-Aufmärsche sind eine Bedrohung.

Städte und Gemeinden müssen verbesserte rechtliche Möglichkeiten bekommen, die Vergabe öffentlicher Räume zu verhindern, wenn dort Nazipropaganda angesagt ist.

Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben orientieren, müssen kommunal gefördert werden. Projekte wie „Schule ohne Rassismus“, antifaschistische Bündnisse und Aufklärungsarbeit dürfen nicht länger zum Objekt des Verfassungsschutzes gemacht werden, sondern müssen als Teil demokratischer Willensbildung in den Kommunen anerkannt werden. DIE LINKE. will mehr kommunale Initiativen und Ressourcen im Kampf gegen Rassismus und Neonazismus.

Kommunale Friedenspolitik und Städtepartnerschaften

DIE LINKE. ist Teil der Friedensbewegung gegen militärische Rüstung und internationale Kriegseinsätze. Die Kosten und Folgekosten für Bundeswehreinsätze und für milliardenschwere Rüstungsprojekte wie die NATO-Pipeline quer durch Baden-Württemberg vergrößern die Finanznot der Kommunen und verursachen weltweit Armut.

Vor Ort treten wir dafür ein, dass sich die Kommunen nicht in so genannte zivilmilitärische Verpflichtungen treiben lassen. In zivilen Krankenhäusern darf es nicht zur Normalität werden, dass Bundeswehrangehörige tätig sind, die militärischem Kommando statt der zivilen Verwaltung unterstehen. Auch haben Bundeswehrfeldwebel und bunte Kriegswerbung

nichts zu suchen bei der Arbeitsberatung in Schulen und Jobcentern.

Wir befürworten bestehende Städtepartnerschaften und treten dafür ein, dass diese Beziehungen rein zivilen Zwecken dienen. Solche Partnerschaften müssen dazu genutzt werden, die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventiver Friedenspolitik. Ein positives Beispiel ist die Beteiligung vieler Städte an der Initiative „Cities for Peace“.



Am 1. März 2008 fand in Freiburg der erste Regional-Parteitag Partei DIE LINKE. in Südbaden statt. Gekommen waren weit über 70 Mitglieder aus allen südbadischen Kreisverbänden der Partei. Lothar Schuchmann, Kreisvorsitzender in Freiburg, freute sich über die große Resonanz und den vollen Saal in Weingarten, wo auch der Widerstand gegen den vor einem Jahr geplanten Wohnungsverkauf seinen Ausgangspunkt hatte.

Alle TeilnehmerInnen haben sich in konstruktiver Debatte auf die kommenden Aufgaben für DIE LINKE in der Region eingestimmt. Im Mittelpunkt standen dabei die Kommunalwahlen 2009 in Baden-Württemberg, so auch in den Einleitungsreferaten von Dirk Spöri und Gregor Mohlberg.

Dirk Spöri, aus dem Landesvorstand, hielt fest, dass DIE LINKE nur als starke Mitgliederpartei erfolgreich arbeiten kann. Entscheidend ist, dass sich in ihr auch die vom Sozialabbau betroffenen direkt organisieren und die Partei an der Seite der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen steht. Gregor Mohlberg, ebenfalls Mitglied im Landesvorstand, stellte einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf in den Mittelpunkt und unterstrich, den Wert einer kritischen Linke in möglichst vielen Stadt- und Gemeinderäten. Letztendlich ist nur die Linke konsequent gegen die Schließung von wichtiger sozialer Infrastruktur, wie Bibliotheken und Jugendhäusern, oder den Ausverkauf kommunalen Eigentums, wie Wohnbau-gesellschaften oder Energieversorgern.

Inhaltliche Anträge an die Versammlung sprachen sich u.a. gegen den geplanten Wohnungsverkauf in Heidelberg sowie immer längere Ladenöffnungszeiten aus. Auch an die derzeit warn-streikenden KollegInnen des Öffentlichen Dienst ging eine Grußbotschaft, in der die Arbeitgeber aufgefordert wurde, Schluss zu machen mit Lohnzurückhaltung und auf keinen Fall hinter die bestehenden Arbeitszeitregelungen zurück zu fallen. Weiterhin wurde vereinbart die Zusammenarbeit der Kreisverbände weiter auszubauen und sich gegenseitig im Kommunalwahlkampf 2009 zu unterstützen.

Bei den Delegiertenwahlen für den Bundesparteitag stimmten die südbadischen Mitglieder für folgende Kandidatinnen und Kandidaten: Julia Meier (KV Freiburg, Mitglied im Linke. SDS-Bundesvorstand), Brigitte Tondar-Sigl (KV Lörrach, Mitglied im Kreisvorstand), Lars Stern (KV Ortenau, Mitglied im Kreisvorstand), Dirk Spöri (KV Freiburg, Mitglied im Landesvorstand).

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639711, eMail: B.Riexinger-Wahlalternative@web.de
Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946, strasdeit@t-online.de
Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net
Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de
Ursula Schorlepp, usasg@web.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Anträge und Stellungnahmen an die Landesschiedskommission bitte über die Postadresse des Landesverbandes.

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583/1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541/85097 oder Hans Schmidt, Tel.: 07541/58998, Mail: gottfried.heil@t-online.de oder hh_schmidt@t-online.

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152/52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Louis Runge, Grißheimerweg 30, 79423 Heitersheim, Tel.: 07634/507750, dielinke-breisgau@t-online.de; Irmgard Koll, Zunzinger Str. 7a, 79379 Müllheim, Tel.: 07631/170263

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051/3516, Mail: all-prohandel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, August-Faller-Str. 7a 79183 Waldkirch, Tel: 07681-23143
Mail: info@die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Wolfgang Kämmerer, Tel.: 0711/412785, Mail: mail@wolfgangkaemmerer.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-4510292, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Hans-Ulrich Bünger, Sandgrube 15, 72270 Baiersbronn, Tel.: 07442/120961, Mail: hubuenger@gmx.net

Göppingen

Herbert Eckhoff, 73312 Geislingen a.d.St, 07331/66520, herbert.eckhoff@t-online.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226 Nußloch, Tel.: 06224/16937, mobil: 0177 4008790, Mail: henri.mueller@online.de, Net: www.dielinke-hd-rn.de

Heidenheim

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22 975, die.linke.kv.hdh@web.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe / Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940/ 7994 , Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523 Schwäbisch Hall, Tel (0791) 5 4118, Fax (07 91) 55178, Mail: jochenduerr@freenet.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: Die-Linke-Konstanz@gmx.de

Lörrach

Manfred Jannikoy, Lörrach, Tel.: 07621/705211, Mail.: m.jannikoy@t-online.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141/57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Ludwigsburg, Tel.: 07141/ 58209, eMail: u.genswuenger@gmx.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341/600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Regionalbüro Mannheim: B2 14, 68159 Mannheim.Kreisverband:Tel:0621/1227218 (mit AB) Mail
Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/303695, Mail: ttrueper@aol.com

Neckar-Odenwald-Kreis

Burkhard Malotke, In der Heinrichsburg 12/6, 74821 Mosbach, Tel 06261-619655, eMail: Burkhard.Malotke@gmx.de

Ortenau

Thomas Heidt, 77855 Achern, Tel.: 07841/280138, tom-andi@t-online.de; Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871 Renchen, Tel.: 07843-84146, druckwerkstatt-renchen@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de,

Pforzheim

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231/359230, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Mirco Kolarcik, Tel.: 0751/ 94843, Mail: info@linkspartei-ravensburg.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332 Waiblingen, Tel. 07151-54806, Fax -563254. Mail: ckramer-neudorfer@online.home.de; Gabriele Grosse, 73630 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: c, Web: www.die-linke-rems-murr.de.vu

Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: wachter.tut@web.de, Tel.: 07461/6558

Sigmaringen

Rainer Kaltofen, 88356 Ostrach, Tel. 07585-935296; Thomas Krauss, 72519 Veringenstadt, Tel. 07577-926486, eMail mail@der-eichi.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/72236848, Fax 0711/72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731/3988823, Fax /3988824, mobil über: Walter Kubach, 016090792293.

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754/929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Xenia Berger, 72351 Geislingen, 07428/918244, xenia.berger@vera-cruz.net

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Frieden

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170/5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg i. Breisgau, Tel.: 0761/131516, Fax: 0761/135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0711-5203772, Fax 0711-6581782, eMail: c.staehle@linkspartei-stuttgart.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071/639426, eMail: slorent@gmx.de

AG Ökologische Plattform

Anne-Maike Rahlfs, Tel.: 0176 22943915, eMail: anne.rahlfs@linkspartei-bw.de
Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Kommunistische AG

Jürgen Geiger, Adresse siehe Konstanz.

Hochschulgruppen **DIE LINKE.SDS**

FREIBURG: edmond@jaegerhome.de
Karlsruhe: daniel.bruns@stud.uni-karlsruhe.de
TÜBINGEN: www.tuebingen.solid-bw.de
HEIDELBERG: heidelberg@solid-bw.de
Stuttgart: stuttgart@solid-bw.de
KONSTANZ: Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de
Landeskoordination: DIE LINKE.SDS, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 35 48 93 41, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de

Jugendverband **Linksjugend [‘solid]**

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548 9341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Europabüro **Tobias Pflüger**

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen
Email: mail@tobias-pflueger.de
Tel: 07071-7956981, Fax: 07071-7956981
homepages: www.tobias-pflueger.de,
www.linkspartei.pds-europa.de

Linke in Gemeinderäten

Karlsruhe

Niko Fostiroopoulos, Die Linke., Haus der Fraktionen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-386409, Fax 0721-386410, stadtrat@pds-karlsruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, Linke. Liste Konstanz, Gartenstr. 33, 78462 Konstanz, vera.hemm@t-online.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/ 293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5, 68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo bis Do 9-12.30 Uhr und nach Vereinbarung. E-mail: gudrun.kuch@mannheim.de

Stuttgart

Ulrike Küstler, Die Linke, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de, www.stuttgart.de/die-linke

Tübingen

TÜLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübingen, www.tuebingen-linke.

DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

de. Gerlinde Strasdeit (Stadträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreisrat), Tel. 07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.de • Anton Brenner (Stadt- und Kreisrat), Tel. 07071-40450, Fax: -49992, Mail: AntonBrenner@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtrat), Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@walter-ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadträtin), Tel. 07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071/208810, Fax: 07071/208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de

Freiburg: Heike Hänsel MdB, c/o Bürogemeinschaft Freiburger Linke, Greiffenegring 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761/4510292 freiburg@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de .

News +++ News +++ News

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf den Laufenden und erfahren als Erstes die wichtigsten Neuigkeiten über die Arbeit der Partei DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Heilbronn, 11. März Vorbereitung der Kommunalwahl

Öffentliche MV des Kreisverbandes am 11.3.; 19.30 Uhr. Ort ASV-Heim, in den Wertwiesen 6. Auswertung Landtagswahlen und Vorbereitung Kommunalwahlen.

■ Emmendingen, 11. März, Kommunalwahl

Kreis-MV zum Thema Kommunalwahlen mit Bernhard Strasdeit, 19.30 h, Emmendingen, Pizzeria „Engel“, Karl-Friedrich-Str. 20

■ Calw, 13. März, EU-Reformvertrag

Veranstaltung mit MdEP Tobias Pflüger zum EU-Reformvertrag am Donnerstag, 20 Uhr im „Rössle“, Calw, Hermann-Hesse-Platz 2.

■ Stuttgart, 14. März Eine Schule für alle

Die LAG Bildung macht am Freitag, 14.3. um 18 Uhr einen schulpolitischen Themenabend mit Emanuel Peter. Ort: Landesbüro Stuttgart.

■ Stuttgart, 17.3., 21.4. Ökologische Plattform

Am 17.3. und 21.4. trifft sich die AG Ökologische Plattform jeweils um 19 Uhr im Landesbüro, Marienstraße 3A.

■ Weinheim, 18. März Heike Hänsel zur Lage in Afghanistan

Heike Hänsel, developmentpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, spricht am Dienstag, 18. März 2008, ab 19 Uhr im Restaurant „Beim Alex“ (Rolf-Engelbrecht-Haus), Breslauer Str. 40 in Weinheim zum Bundeswehreinsetz in Afghanistan.

■ Balingen, 27. März Ulrich Maurer zu sozialer Politik im ländlichen Raum

Auf Einladung des KV Zollernalbkreis der LINKEN spricht Ulrich Maurer am

rosa luxemburg  **forum**
für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e.V.

◆ **Finanzmarktkapitalismus: Strukturen, Widersprüche, Alternativen (mit Joachim Bischoff)**
29.–30. März. – Stuttgart, Rosa-Luxemburg-Forum, Planckstr. 79

◆ **„Fremde Wasser“. Krimiabend zur Wasserprivatisierung mit dem bekannten Stuttgarter Krimiautor Wolfgang Schorlau**
4. April – Ludwigsburg, Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1

◆ **Soziale Bewegungen im Zeitalter des Postfordismus (mit Dr. Athanasios Karathanassis)**
14. Juni – Stuttgart, Rosa-Luxemburg-Forum, Planckstr. 79

◆ **Aktiv werden in der Kommunalpolitik: Welche Stellung hat die Kommune im politischen System? Welche grundlegenden Dinge muss ich wissen, um Politik in der Kommune gestalten zu können? (mit Manfred Klaus, Referent für Regional- und Kommunalpolitik der Fraktion Die LINKE im Bundestag)**
21. Juni – Stuttgart, Rosa-Luxemburg-Forum, Planckstr. 79 ++++ 22. Juni – Karlsruhe

◆ **Grundlagen erfolgreicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (mit Marc Amann, Referent und Coach in politischer Bildungsarbeit für soziale Bewegungen und politische Organisationen)**
13. September – Karlsruhe ++++ 14. September – Stuttgart, Rosa-Luxemburg-Forum, Planckstr. 79

◆ **Grundlagen für erfolgreiches Auftreten und wirkungsvolle Rhetorik (mit Marc Amann)**
11. Oktober – Stuttgart, Rosa-Luxemburg-Forum, Planckstr. 79 ++++ 12. Oktober – Karlsruhe

◆ **Die Kommune als Wirtschaftsakteur (mit Michael Friedrich, kommunalpolit. Sprecher der Linksfraktion im sächsischen Landtag)**
22. November – Karlsruhe ++++ 23. November – Stuttgart, Rosa-Luxemburg-Forum, Planckstr. 79

Details zu den Seminaren, Anmeldung etc. sowie Informationen zu weiteren Veranstaltungen unter www.rlf-bw.de
V.i.S.d.P.: RLF. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg, Planckstr. 79, 70184 Stuttgart ++post@rlf-bw.de ++ ☎ 0711-6936607

Donnerstag, 27 März um 19 Uhr in den Räumen der Stadthalle Balingen. Thema: Linke Politik und Perspektiven für den ländlichen Raum

■ Freiburg, 27. März Ulla Lötzer zu Niedrig- lohn und Leiharbeit

Der KV Freiburg macht eine Veranstaltung zum Thema: Leiharbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse. Mit auf dem Podium: Benno Bareither, NGG. Do., 27.3.08 um 19:30 h im DGB-Haus Freiburg, Hebelstr. 10.

■ Stuttgart, 30. März LAG Queer

Treffen der LAG – Queer, am 30.3, 12 Uhr, im Café Zadu, Reuchlinstrasse 4b, 70178 Stuttgart-West, Haltestelle Schwabstrasse.

■ Schwäbisch Gmünd, 2. April, Ulrich Maurer

Ulli Maurer am 2.4.; 20 Uhr im Gasthof „Lamm“, Rinderbacher Gasse 19.

■ Stuttgart, 4. April LAG Frauenpolitik

Das nächste Treffen der LAG Frauen findet statt am 4. April um 18 Uhr im Landesbüro, Stuttgart, Marienstraße 3A. Näheres ist zu erfahren über Silvia Ofori.

■ Heilbronn, 8. April Zukunft der Gewerk- schaften

19 Uhr, Gewerkschaftshaus Heilbronn. Veranstalter: AG Betrieb und Gewerkschaft. Mit Marianne Kugler-Wendt, Bezirksgeschäftsführerin von ver.di, Dr. Josef Ungemach, Landesvorsitzender des Marburger Bundes, angefragt ist ein Vertreter der GdL. Moderatorin: Heidi Scharf.

■ Nagold, 10. April Gegen Niedriglöhne – für gesetzlichen Mindestlohn

Mit Hasso Ehinger (AG Betrieb und Gewerkschaft). Zeit: 19.30 h; Ort: Nagold, Naturfreundehaus, In den Mulden 1.

■ Stuttgart, 13. April LAG Frieden

Die LAG Friedenspolitik trifft sich am Sonntag, 13. April, um 12 Uhr am Rande der Regionalversammlung in Stuttgart.

■ Müllheim, 15. April Armut kommunal bekämpfen!

Der Kreisverband Breisgau/Hoch-

schwarzwald macht am 15. April um 19.30 Uhr eine Veranstaltung mit Bernhard Strasdeit zum Thema „Armut und soziale Politik in Kommunen“. Ort: Müllheim, Café „Blauer Elefant“, Am Lindle.

■ Freiburg, 16. April Michael Schlecht zu Rentenkampagne.

Mitgliederplenum um 19:30 im DGB-Haus, Hebelstr. 10. Es spricht Michael Schlecht (Partei Vorstand) zum Auftakt der Rentenkampagne. Veranstalter: KV Freiburg.

■ Tübingen, 22. April- Sarah Wagenknecht

Im Casino, Wöhrdstraße, 19.30 h.

